



Für Frieden, Umweltschutz
& Menschenrechte

Festschrift

 Dachverband
KRITISCHE
AKTIONÄRE

Die Gründungsversammlung fand am 23. Februar 1986 in Solingen statt in Anwesenheit von:

- | | |
|--|--|
| 1. Reiner Albrecht | 1) Reiner Albrecht, Auf dem Scheuel 9,
5204 Lohmar 1
(Aktionär bei BAYER, VW, Horten, Thyssen, Veba) |
| 2. J. I. | 2) Axel Köhler-Schnura, Jägerstraße 78
4000 Düsseldorf
(Aktionär bei BAYER) |
| 3. Raimund Conrad | 3) Raimund Conrad, Burgunderstr. 20
5000 Köln 1 (Aktionär bei RWE) |
| 4. Wolfram Esche | 4) Wolfram Esche, Schillstr. 9
5000 Köln 60 (Aktionär bei BAYER) |
| 5. H. Paschla | 5) Helmut Paschla, Siegesstr. 9
8000 München 40 (Aktionär der Dresdner Bank) |
| 6. Heide Hartmann | 6) Heide Hartmann, Friedländerweg 59
3400 Göttingen (Aktionärin bei BAYER) |
| 7. Ruth-Brigitte Wenthur | 7) Ruth-Brigitte Wenthur, Reichsstr. 46
1000 Berlin 19 (Bürgerinitiative Energiepla-
nung und Umweltschutz) |
| 8. Georg Herter | 8) Georg Herter, Hansaring 62,
5000 Köln 1 |
| 9. Renate Schnitzer | 9) Renate Schnitzer, Luitpoldstr. 14
1000 Berlin 30 |
| 10. Heinrich Pacht | 10) Heinrich Pacht, Mauenheimerstr. 5
5000 Köln 60 |
| 11. Burkhard Rüter | 11) Burkhard Rüter, Am Frache 21
4600 Dortmund 50 |
| 12. Rüdiger Gotzes
Christiane Schnura | 12) Internationale Koordinationsstelle Aktiv
gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V.,
Jägerstraße 78, 4000 Düsseldorf
vertreten durch die Vorstandsmitglieder
Rüdiger Gotzes, Kölner Str. 330, 4040 Neuss
Christiane Schnura, Jägerstr. 78, 4000 D'dorf |

Eintragungsbescheinigung

Der Verein ist unter 43 VR 9529 in das Vereinsregister
eingetragen.



Köln, den 6. März 1987
Geschäftsstelle des Amtsgerichts
Umschreiber der Geschäftsstelle

Inhalt

Vorwort	4
Programm der Jahrestagung 2016	6
Mitwirkende und Referenten der Jahrestagung 2016	8
Henry Mathews Preis 2016	12
Rückblicke und Perspektiven – 30 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionäre	
Helmut Paschla Warum wir Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in die Aktionärsversammlungen trugen	18
Dorothea Kerschgens Warum Kritische Aktionäre	24
Paul Russmann Mehr Umweltschutz – mehr soziale Gerechtigkeit	25
Axel Köhler-Schnura Erfolg durch breite gesellschaftliche Allianzen	27
Gregor Böckermann Kritische Aktionäre und die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF)	28
Jürgen Grässlin Am Ende werden Moral, Ethik und Nachhaltigkeit siegen! Ein persönlicher Blick auf zwei Jahrzehnte des Widerstands gegen Waffenhandel des Daimler-Konzerns	29
Barbara Happe Finanzierungen der Deutsche Bank – die zentrale Rolle von Hauptversammlungen	31
Christian Russau Business as usual – Thyssenkrupp und das Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba	33
Bernd Moritz Herausforderungen an die Zivilgesellschaft – Aufgaben für Kritische Aktionäre	36
Antje Schneeweiß Perspektiven für ein kritisches Aktionariat	38
Interview mit Markus Dufner Aktienbesitz und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung	39
Mitgliedsorganisationen des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre	43

Liebe Freundinnen und Freunde der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre!

Was haben Idealisten und Weltverbesserer auf Aktionärsversammlungen zu suchen? Wenn wir als Kritische Aktionäre die Welt der Konzerne betreten, schlägt uns oft eine Stimmung entgegen, die von Verwunderung über Verärgerung bis Ablehnung reicht. Das liegt einerseits am unkonventionellen Auftreten, aber noch viel mehr an den Forderungen, die wir an die Unternehmen richten. Wir meinen es ernst, wenn wir von Unternehmensverantwortung reden. Manche Anteilseigner befürchten hingegen, dass zu viel Umweltschutz und zu viel Rücksicht auf Menschenrechte die Rendite mindert.

Sind wir „Stachel im Fleisch der Konzerne“, die mal ein bisschen mehr und mal ein bisschen weniger pieksen? Dieses Bild ist immer mal wieder von den Medien bemüht worden, wenn sie über die Kritischen Aktionäre berichteten. Mit der vergleichsweise geringen Zahl von Stimmrechten, die KleinaktionärInnen und Stiftungen dem Dachverband übertragen, können wir natürlich keine Abstimmung gewinnen. Aber darum geht es uns auch nicht. Die taz schrieb einmal über den 2006 verstorbenen Geschäftsführer des Dachverbands, Henry Mathews, er habe den Dachverband zu einer „von Dividendenzahlungen unabhängigen Stimme gemacht, die sich lautstark in die Vorstandspolitik der großen Konzerne einmischt“.

Direkt nach dem frühen Tod von Henry Mathews im Jahr 2006 überlegte der damalige Vorstand, ob der Dachverband seine Arbeit noch fortsetzen könne. Gründungsmit-

glied Axel Köhler-Schnura sagte: „Ich mache mir große Sorgen um den Dachverband.“ Als man sich zum Weitermachen entschloss, wurde der Henry Mathews Preis ins Leben gerufen, der an Aktivisten und Organisationen verliehen wird, die sich um Konzernkritik verdient machen.

In den vergangenen zehn Jahren ist deutlich geworden, wie viel Fachkenntnis in den 26 Mitgliedsorganisationen des Dachverbands steckt. Die Expertise reicht von der Rüstungsindustrie bis zu den Autokonzernen, von der Pharmabranche bis zu den Banken. In der Regel kommen die Vorstandsmitglieder direkt aus den Mitgliedsorganisationen und bringen ihre Erfahrungen in das Team der Kritischen Aktionäre mit ein. Von Anfang an dabei sind die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) und Ohne Rüstung Leben (ORL), die mit ungebrochenem Engagement ihren Input geben. Sehr erfolgreich prangert die Ende der 90er Jahre hinzu gekommene Menschenrechts- und Umweltorganisation urgewald fragwürdige Finanzierungen durch die Banken an. Erst vor wenigen Jahren wurden die Koordination Brasilien (KoBra) und die Initiative GegenStrömung Mitglieder des Dachverbands und bringen Staudamm-Projekte wie Belo Monte und Agua Zarca auf die Agenda der Aktionärsversammlungen von Siemens, Allianz und Münchener Rück.

Der Dachverband hat es mit fast allen DAX30- sowie einigen M-DAX- und Tec-DAX-Unternehmen zu tun. Pro Jahr besuchen Kritische Aktionäre fast 30 Hauptversammlun-



gen. In den letzten Jahren sind sogar noch einige ausländische Konzerne wie BP, Royal Bank of Scotland, Tepco und UBS hinzugekommen. Für uns sind aber nicht nur die Shareholder – also die Aktionäre – von Interesse, sondern auch die Stakeholder: die Beschäftigten, Betriebsräte, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Gemeinden und Anwohner der Betriebsstätten. Kontakte gibt es auch zu Forschungsinstituten, Beratungsgesellschaften, Rating-Agenturen und anderen Aktionärsvereinigungen.

Ob Rüstungsproduktion, Finanzmarktkrise, Energiewende oder Abgas-Skandal: In erster Linie geht es um Verantwortung - Unternehmensverantwortung. Immer wieder zeigt sich, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne nicht ausreichen. Gefragt sind verbindliche „Spielregeln für Global Players“ (so lautete der Slogan unserer Kampagne 2008/2009). Ein immer wiederkehrendes Motiv unserer Arbeit ist es, Konzernopfern eine Stimme zu geben: Fischern in Brasilien, denen ein Stahlwerk von Thyssen-Krupp die wirtschaftliche Existenz raubte; Apartheid-Opfern in Südafrika, die von Daimler eine Entschädigung verlangen; Bürgern in den USA, die wegen der Deutschen Bank ihr Haus verloren. Ihren Protest, der vor Ort von den Unternehmen nicht gehört wurde, haben Kritische Aktionäre in die Hauptversammlungen in Deutschland getragen – häufig mit beachtlichem Erfolg. Deshalb können wir Menschen immer wieder Mut machen, sich gegen die anscheinend übermächtige Konzernmacht zu wehren.

Die zurückliegenden zwei Jahre wurden von zwei Todesfällen überschattet, die den Dachverband sehr betroffen machen. Am 30. Juli 2015 wurde unser langjähriges Vorstandsmitglied Bernd Moritz mit nur 52 Jahren aus dem Leben gerissen. Dorothea Kerschgens, die bis 2014 im Vorstand tätig war, starb nach langer Krankheit am 11. März 2016. Der Dachverband wird diesen lieben und engagierten Menschen ein ehrendes Andenken bewahren.

In dieser Festschrift können wir „30 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionäre“ nicht lückenlos abbilden. Zu viele Akteure waren dabei, zu groß ist die Vielfalt der Themen. Aber die Autorinnen und Autoren zeigen in ihren Beiträgen, welche unterschiedlichen Facetten es bei den Kritischen Aktionären gibt und welches enorme Potenzial in den Konzernkritikern steckt. Wir dürfen gespannt sein auf die nächsten 30 Jahre.

Mit solidarischen Grüßen

Programm

Jahrestagung 17. September 2016

10.30–17.00 Uhr

Literaturhaus Köln e.V.

Großer Griechenmarkt 39 | 50676 Köln

Der Stoff, aus dem die (Alp)Träume sind



Das Kabarettisten-Duo „Onkel Fisch“ kennt sich mit Konzernkritik aus.

10.30	<i>Empfang</i>
Konzernkritischer Frühschoppen	
11.00	<i>Begrüßung</i> Christian Russau , Vorstand Dachverband
11.15	<i>Konzernkritisches Kabarett Onkel Fisch</i> Adrian Engels und Markus Riedinger
11.45	<i>30 Jahre Dachverband – die Kritischen Aktionäre aus anderem Blickwinkel</i> Prof. Dr. Brigitte Biehl-Missal , BSP Business School Berlin Ingo Speich , Union Investment Marc Tüngler , Deutsche Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz
12.45	<i>Diskussion – Plenum</i>
13.00	Mittagessen
Konzernkritik am Nachmittag	
14.00	<i>In Memoriam Dorothea Kerschgens</i> Barbara Happe und Paul Russmann , Vorstände Dachverband <i>Verleihung des Henry Mathews Preises an Plough Back the Fruits – Kampagne</i> Witwen von Bergleuten der Marikana-Platinmine (Südafrika) und ihre UnterstützerInnen
14.15	<i>Laudatio</i> Markus Dufner , Geschäftsführer Dachverband <i>Rohstoffe – im Konflikt mit Menschenrechten. Was hat das Massaker von Marikana mit dem Platin-Lieferanten Lonmin und mit BASF zu tun?</i> Boniface Mabanza , Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)
15.15	Kaffeepause
Konzernkritischer Nachschlag	
15.15	<i>Alptraum VW: Der Abgas-Skandal</i> Jens Hilgenberg , Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
16.00	<i>Alptraum VW: Menschenrechte in Brasilien</i> Christian Russau , Vorstand Dachverband
16.15	<i>Diskussion – Plenum</i>
Konzernkritischer Ausblick	
16.30	<i>Perspektiven 2016</i> Paul Russmann , Vorstand Dachverband

Mitwirkende und Referenten der Jahrestagung 2016



Onkel Fisch

Das Duo ONKeL fISCH gründete sich 1994. Adrian Engels und Markus Riedinger haben seitdem nicht nur hunderte Bühnen in ganz Deutschland abgerissen, sondern auch Radiohörer mit tausenden Sketchen begeistert (WDR 2, WDR 5, SWR 3, Eins Live, HR 3, u.v.a.) und Fernsehsendungen (Nightwash, Stratmann's, SWR Late Night u.v.a.) bereichert, geschrieben und selbst produziert. Das WDR-Fernsehen hat drei Programme von ONKeL fISCH aufgezeichnet, sie haben 10 CDs veröffentlicht und ein Buch „Bewusstlos zum Glück“ (WortArt) geschrieben. 2012 und 2013 unterstützte das Duo den Dachverband mit Kabarettprogrammen bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank. 2014 waren die Kabarettisten für den Prix Pantheon nominiert.



Prof. Dr. Brigitte Biehl-Missal

Promovierte über die Inszenierung von Hauptversammlungen aus Perspektive der Theaterwissenschaft, wobei sie auch mit dem Dachverband und Henry Mathews zusammenarbeitete. Sie forscht über das Zusammenspiel von Wirtschaft, Kommunikation und Kunst, und arbeitet an der BSP Business School Berlin und ist Visiting Fellow der University of Essex, Essex Business School.



Ingo Speich

Ist seit 2004 im Portfoliomanagement bei Union Investment tätig. Als Leiter Nachhaltigkeit und Engagement ist er für nachhaltige Investments, Corporate Governance und aktives Aktionärstum zuständig. Nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Dresdner Bank studierte er Betriebswirtschaftslehre an der Universität Trier, an der Boston University/USA, European Business School Oestrich-Winkel und der Durham University/England. Speich schloss seine Studiengänge als Diplom-Kaufmann und Master of Business Administration (MBA) ab. Zusätzlich absolvierte er erfolgreich die Prüfung zum Chartered Financial Analyst (CFA).



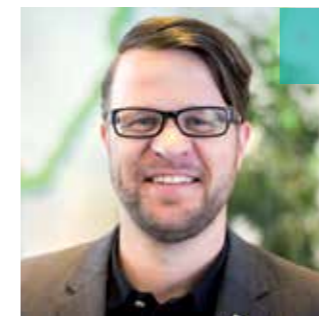
Marc Tüngler

Rechtsanwalt, ist Hauptgeschäftsführer der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW), für die er seit 1999 tätig ist. Zunächst als Landesgeschäftsführer NRW und ab 2007 als Bundesgeschäftsführer, verantwortet er seit November 2011 als Hauptgeschäftsführer das gesamte Wirken der DSW. Marc Tüngler ist Mitglied in zahlreichen Aufsichtsräten und Gremien, u.a. Mitglied der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK), Berlin.



Dr. Boniface Mabanza

In der Demokratischen Republik Kongo geboren, Studium der Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa, Promotion an der Universität Münster zum Thema „Gerechtigkeit kann es nur für alle geben. Globalisierungskritik aus afrikanischer Perspektive“, Ausbildung in Konfliktmanagement bei der Akademie für Konflikttransformation in Bonn. Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in der Werkstatt Ökonomie/Heidelberg seit 2008. Gastprofessor bei Theologie interkulturell der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität Frankfurt (Wintersemester 2011/2012), Berater zu Handelsfragen für Brot für die Welt, freiberuflicher Dozent für Entwicklungspolitik, aktiv in zahlreichen Netzwerken der afrikanischen Diaspora in Deutschland und Europa. 2015 Veröffentlichung von „Das Leben bejahen. Elemente einer Theologie des Lebens aus kongolesischer Perspektive“ und Verleihung des Dorothee-Sölle-Preises.



Jens Hilgenberg

Studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Phillips-Universität in Marburg. Abschluss mit Diplom im Jahr 2005. Seit 2007 im Verkehrsreferat des Bundesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V. tätig. Schwerpunkte: CO2-Grenzwerte bei Pkw, Elektromobilität, CarSharing, Luftreinhaltung.



Dr. Barbara Happe

Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre seit 2012, Jahrgang 1968, Politologin mit Schwerpunkt Entwicklungs- und Umweltpolitik, besonders in Lateinamerika. Referentin für Finanzinstitutionen bei urgewald e.V. mit den Schwerpunkten, die ökologische und soziale Performance deutscher Banken zu durchleuchten und zu verbessern.



Paul Russmann

Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre von 1995 bis 2000 und erneut seit 2004; Jahrgang 1955, Dipl.-Theologe, Bankkaufmann und Mediator, seit 1986 Geschäftsführer der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart, seit 1990 Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler. Von 1995 bis 2000 und seit 2004 Vorstandsmitglied des Dachverbands.



Christian Russau

Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre seit 2014, Jahrgang 1969, ist Journalist und Autor und lebt in Berlin. Er ist aktiv bei den Dachverbands-Mitgliedsgruppen Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) und Gegen-Strömung. Der Schwerpunkt seiner Konzernkritik liegt im Monitoring deutscher Konzerne in Brasilien.



Markus Dufner

Jahrgang 1961, seit September 2006 Geschäftsführer des Dachverbands; Historiker und Politologe (MA), nach journalistischer Ausbildung freier Journalist für Frankfurter Rundschau, taz, Deutschlandfunk und WDR. 1998 – 2002 Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Hilfsorganisation CARE Deutschland und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE/InWEnt). 1998 – 2000 Vorstand im Dritte Welt JournalistInnen Netz (DWJN)

Rohstoffe – im Konflikt mit Menschenrechten

www.kritischeaktionaeere.de

Dachverband
KRITISCHE
AKTIONÄRE

Henry Mathews Preis 2016

**Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
verleiht den Henry Mathews Preis 2016 an**

Plough Back The Fruits

und

Ntombizolile Mosebetsane und **Agnes Makopano Thelejane**,
Witwen getöteter Bergleute, Marikana

Johannes Seoka, Bischof von Pretoria (1998-2016),
Anglikanische Kirche von Südafrika

Nomarussia Bonase und **Judy Seidman**,
Khulumani Support Group, Südafrika

Maren Grimm und **Jakob Krameritsch**,
Akademie der Künste, Wien

Simone Knapp und **Boniface Mabanza**,
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg

Sie erhalten den Henry Mathews Preis für ihr Engagement für eine Wiedergutmachung an den Hinterbliebenen des Massakers von Marikana/Südafrika.

Am 16. August 2012 wurden 34 Bergarbeiter der Platinmine von Marikana von der südafrikanischen Polizei erschossen. Die Bergleute waren wegen untragbarer Arbeits- und Lebensbedingungen in einen Streik getreten. Der Untersuchungsbericht der Farlam-Kommission kam zu dem Ergebnis, dass auch der britisch-südafrikanische Minenbetreiber Lonmin Mitverantwortung an dem Massaker trägt. Als Hauptabnehmer des von Lonmin geförderten Platins ist der deutsche Chemie-Konzern BASF wiederum für seinen Lieferanten verantwortlich.

Die PreisträgerInnen engagieren sich seit Jahren bei der Aufarbeitung des Marikana-Massakers und im Rahmen der Kampagne „Rohstoffe – im Konflikt mit Menschenrechten“ des Dachverbands. Sie erarbeiteten die Ausstellung „Plough Back The Fruits“, organisierten eine Speakers Tour durch Deutschland, Österreich und die Schweiz und sprachen bei der Aktionsversammlung von BASF im April 2016.

Köln, 17. September 2016

*Der Vorstand des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre*



Vor der Höhle des „BASF-Löwen“: Agnes Makopano Thelejane, Ntombizolile Mosebetsane, Judy Seidman, Boniface Mabanza, Nomarussia Bonase und Bischof Johannes Seoka.

Plough Back The Fruits! BASF, Lonmin und das Platin von Marikana

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre unterstützt die Forderung an BASF, acht Millionen Euro in einen Entschädigungsfonds für die Hinterbliebenen des Massakers von Marikana zu zahlen. Bei der Hauptversammlung der BASF am 29. April in Mannheim überreichten die Kritischen Aktionäre eine entsprechende Petition mit 11.095 Unterschriften. Der südafrikanische Bischof Johannes Seoka zeigte sich nach der Hauptversammlung sehr enttäuscht von den Konzernverantwortlichen. „Sie sind nicht wirklich an den Menschen und der Umwelt interessiert, es geht ihnen nur um den Profit.“ Ein Audit, das die BASF 2015 bei ihrem Platin-Lieferanten Lonmin in Südafrika durchführen ließ, war auf die eigentlichen Missstände gar nicht eingegangen.

Es waren beeindruckende Minuten, als zwei der Witwen der getöteten Minenarbeiter von Marikana bei der BASF-Hauptversammlung ans Rednerpult gingen und den Vorstand des Chemie giganten auf die Verantwortung in der Lieferkette ansprachen. Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane waren noch nie zuvor auf einer Aktionärsversammlung, und sie hatten noch nie vor 6.000 Menschen gesprochen. Sie nahmen all ihren Mut zusammen und fragten die BASF-Chefs: „Sind Sie bereit, einen Teil Ihrer Profite, die Sie durch die jahrelangen Geschäfte mit Lonmin angehäuft haben, dafür zu verwenden, uns zu unterstützen?“ Die Witwen schlossen ihre Reden mit der Forderung: „Plough back the fruits! Geben Sie uns unsere legitimen Anteile am Reichtum zurück!“ und erhielten viel Applaus von den Aktionärinnen und Aktionären.

Bereits vor den Witwen hatte Bischof Seoka gesprochen und den Vorstand daran erinnert, dass BASF fast ein Jahr lang nicht auf seine Anfrage geantwortet habe. „Kurz vor diesem erneuten Zusammentreffen hier haben wir auf unsere Nachfrage hin erfahren, dass BASF im Dezember 2015 ein Audit bei Lonmin durchgeführt hat. Das Ergebnis dieses Audits war zu unserer großen Verwunderung, dass Lonmin bis auf kleinere Mängel in Umweltbelangen alle Probleme beseitigt hätte. Sie, die BASF, haben also auf der Grundlage der von Ihnen mit ins Leben gerufenen Initiative Together for Sustainability bei Lonmin ein Audit, eine Begutachtung durchgeführt. Das Ergebnis dieser Begutachtung erstaunt uns deswegen zutiefst, da wir wissen, dass außer einigen kosmetischen Maßnahmen nichts geschehen ist, was die Bedingungen, gegen die die Arbeiter von Lonmin 2012 und auch 2014 gestreikt haben, grundlegend verändert hätte. Bisher sind weder die Hinterbliebenen des Massakers entschädigt worden, noch sind die geforderten Lohnerhöhungen gewährt worden, und die zum Teil menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich nicht verändert.“

Das Medienecho auf die Intervention der südafrikanischen Delegation und des Dachverbands war hervorragend. So kommentierte die in Ludwigshafen ansässige Tageszeitung Die Rheinpfalz: „Dem Bischof ist es gelungen, bei der BASF und ihren Aktionären Betroffenheit zu wecken über das, was in Marikana geschehen ist.“

„Mein Mann wurde beim Massaker von Marikana erschossen.“

Zitate der PreisträgerInnen



Ntombizolile Mosebetsane

„Ich bin Ntombizolile Mosebetsane. Mein Mann wurde beim Massaker von Marikana getötet. Ich arbeite jetzt bei Lonmin, ich putze dort den Hof, ich arbeite draußen unter der heißen Sonne, es ist staubig und windig. Ich arbeite für dieselbe Firma, die dafür gesorgt hat, dass mein Mann tot ist. Ich lerne bei dieser Arbeit nichts dazu, nichts, was mir irgendwann helfen würde. Lonmin sagt mir, dass dieser Job ein Entgegenkommen, ein gutes Angebot an mich sei – so habe ich ein Einkommen, das auch mein Mann bekommen hat, so kann ich meine Kinder versorgen.“
(Aus der Rede bei der BASF-Hauptversammlung 2016)



Agnes Makopano Thelejane

„Ich bin Agnes Makopano Thelejane. Ich bin eine jener Witwen, die von Lonmin beiseite geschoben wurde. Lonmin zahlte die Beerdigungen unserer Männer, nachdem sie von Lonmin und der Polizei umgebracht worden sind. Ich habe dann Lonmin nach Reparationszahlungen gefragt. Sie sagten mir, sie haben mir schon die Beerdigung meines Mannes bezahlt, sie schulden mir nichts mehr. Ich frage mich: Habe ich Lonmin gebeten, meinen Mann zu töten? Seine Beerdigung zu zahlen, beantwortet diese Frage nicht.“ (Aus der Rede bei der BASF-Hauptversammlung 2016)



Nomarussia Bonase

„Die Khulumani Support Group entschied sich, die Frauen von Marikana zu einem Kunstworkshop einzuladen. Durch eine kreative therapeutische Methode, in der sie Bilder malen, erzählen sie ihre Geschichte und lassen so den Schmerz einfach los.“ (Aus einem Interview mit radio dreyeckland am 04.11.2014)



Johannes Seoka

„Wir haben Ihnen hier bereits vor einem Jahr darüber berichtet, dass LONMIN in den Firmenberichten Dinge behauptet hatte, die nicht mit der Realität übereinstimmen, wie zum Beispiel über den Bau von 6.000 Häusern, zu dem Lonmin verpflichtet ist, von denen aber nur drei gebaut worden waren. Wie können Sie sich also auf der Grundlage von Hochglanzberichten und Absichtserklärungen ein Bild von der Situation vor Ort in Südafrika machen, wenn doch bereits erwiesen ist, dass die Berichte von Lonmin mit den tatsächlichen Bedingungen nicht übereinstimmen? (Aus der Rede bei der BASF-Hauptversammlung 2016)



Judy Seidman

„Etwas zu produzieren, kann befreiend sein. Das Ziel von Khulumani ist es, durch Integration von visueller Kunst und lebendiger Erzählkunst die Opfer in Sieger zu verwandeln.“ (Zitiert nach der südafrikanischen Zeitung „The Journalist“: *Speaking Wounds*)



Maren Grimm

„Auch wenn die Antwort von BASF, die wir bisher erhalten haben, überhaupt nicht als Erfolg bezeichnet werden kann, haben wir daraus gelernt. Wir werden weiterhin Netzwerke zwischen Initiativen in Südafrika und Europa knüpfen.“



Boniface Mabanza

„Berichte über Missstände zu schreiben, ändert die Verhältnisse nicht, und die langjährigen CSR-Praktiken von Lonmin und BASF haben dies auch nicht getan. Daher besteht die Notwendigkeit, für eine politische und rechtlich verbindliche Steuerung und Kontrolle sowohl in Südafrika als auch in Deutschland und England einzutreten. Zu den geeigneten Instrumenten für diese politische Mobilisierung gehört es, stellen die Beteiligten fest, ParlamentarierInnen zu gewinnen und sie zu ermutigen, ihre Handlungsspielräume zu nutzen und kritische Fragen an die Regierungen zu stellen.“ (Bericht über den Besuch der südafrikanischen Delegation im April 2016 in Berlin)



Simone Knapp

„Wir freuen uns sehr über das Treffen, das jetzt stattfand mit den Vertretern der Kirchen in Speyer, mit Teilnehmern aus der evangelischen und der katholischen Kirche des Landes Rheinland-Pfalz, wo sich auch die Zentrale der BASF in Ludwigshafen befindet.“



Jakob Krameritsch

„Wir stehen in Kontakt mit einem Netzwerk von Organisationen, das die Entscheidungsprozesse der nationalen und europäischen politischen Institutionen in Bezug auf Rohstoffpolitik und Lieferketten-Verantwortlichkeit überwacht, und wir freuen uns darauf, diese Zusammenarbeit fortzusetzen.“



Helmut Paschlau ist Gründungsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre. Dipl. Wirtschaftsingenieur arbeitet als Unternehmensberater Umweltschutz & Abfallwirtschaft und engagiert sich in der Umwelt-Akademie München.

Warum wir Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in die Aktionärsversammlungen trugen

Aus persönlicher Erinnerung berichte ich, wie es in „grauer Vorzeit“, „damals“, war, frei nach Dieter Süverkrüp: „Der rote Großvater erzählt“. Das kann ich natürlich nur aus meiner, aus unserer (damaligen) Wahrnehmung. Selbstverständlich gibt es andere Wahrnehmungen – insbesondere auf der kritisierten Seite, den Vorständen, den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften; und den in den Hauptversammlungen anwesenden, das Büffet plündernden (Klein-) Aktionären, die von Kritik nichts, von Gewinnausschüttung pro Aktie sehr viel hören wollten. Womit definiert ist, was kritische Aktionäre sind (sprachlich natürlich eine gewollte Provokation).

Der Gründung des „Dachverbandes der Kritischen Aktionäre“ im Februar 1986 – quasi als formaler Akt – ging natürlich die „Erfindung“ der Aktionsform „Kritische Aktionäre“ voraus. Dass man als Aktionär – also als „Geldmensch“ und nicht als demonstrierender „Gutmensch“ – Politik machen kann, musste ja erst mal erdacht, geprüft, ausprobiert und, ja auch, erlitten werden.

Das begann 1983. Und zwar parallel und unabhängig voneinander durch die Kollegen um Axel Köhler-Schnura bei der Bayer AG und mir und meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bei der Dresdner Bank AG, heute übernommen durch die (kleinere) Commerzbank AG, „dank“ Milliarden-Beistand durch uns Steuerzahler. Es war schon immer so, dass Gewinne privatisiert werden und die ganz großen Risiken sozialisiert, man sah es in der „Finanz- und Wirtschaftskrise“ in voller Schönheit wieder.

Zurück: Unsererseits fand die erste Beteiligung eines Kritischen Aktionärs bei der Hauptversammlung der Dresdner Bank AG 1983, und zwar zum Thema „Apartheid-Süd-

afrika“, statt. Erst später, Mitte 1985/Anfang 1986, fanden wir „Kritischen“ uns in kleinem Kreis zusammen und haben den Dachverband gegründet. Das ging relativ schnell, wir wussten, was wir wollten. Da gab es schon bei mehreren anderen Aktiengesellschaften Kritische Aktionäre, namentlich bei der Schering AG, Berlin.

Über drei Punkte will ich Auskunft geben:

Was war eigentlich 1985/86 los?

Was hat mich bzw. uns getrieben, Kritische Aktionäre bei der Dresdner Bank zu werden?

Warum haben wir uns schließlich die Mühe gemacht, den Dachverband zu gründen und aufzubauen?

Was war eigentlich 1985/1986 los?

Wohlgemerkt, wir sind nicht im Jahre 1968, sondern knapp 20 Jahre später. Einige Schlaglichter zu 1985/86:

Doris Dörrie hat mit ihrem Film „Männer – der eine kann's, der andere auch“ einen ersten großen Erfolg – „Life is life“ ist glatte sieben Wochen an der Spitze der Hitlisten – „Schwarzwaldklinik“ und „Lindenstraße“ beginnen ihren Siegeszug in die Gehirne deutscher Fernsehzuschauer – das erste private Fernsehen SAT 1 nimmt den Betrieb auf.

Boris Becker gewinnt als erster Deutscher das Tennisturnier in Wimbledon – 1986 verlieren „wir“ (BRD) die Fußballweltmeisterschaft mit 2:3 gegen Argentinien.

Wir trinken österreichischen Glykol-Wein – 1986 wird die Challenger zu ihrem 10. Weltraumflug geschossen und explodiert dabei – der „Uluru“ wird den australischen

Ureinwohnern, den „Aborigines“, zurück gegeben (bekannter ist der Berg unter dem falschen Namen „Ayer's Rock“) – die Stadt Augsburg wird 2000 Jahre alt – Heinrich Böll stirbt nach langer Krankheit.

Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU, Gromyko Staatspräsident der Sowjetunion – Ronald Reagan kommt zum Staatsbesuch nach Westdeutschland – in Mexiko Stadt findet die 3. UNO-Frauenkonferenz statt – 1986 ist das UNO-Jahr des Friedens – unter Abu Abbas, dem heutigen Fatah-Präsident in Palästina, wird das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ entführt – der Friedensnobelpreis 1985 geht an die „Ärzte gegen Atom“.

In Südafrika jährt sich 1986 zum zehnten Mal die Erinnerung an die 1000 Toten der Schüler-Aufstände von Soweto, der größten Stadt Afrikas südlich des Äquators, die doch auf keiner Landkarte Apartheid-Südafrikas eingezeichnet ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl legt Kränze nicht nur in Bergen-Belsen, sondern auch in Bitburg nieder, und ehrt damit Angehörige der Waffen-SS – Richard von Weizsäcker erwähnt in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes als erster deutscher Bundespräsident das Wort „Kapitulation“ – im Saarland wird als erstem Bundesland der sog. „Extremistenbeschluss“ aufgehoben, der Grundlage, Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten – Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt von der RAF werden zu lebenslanger Haft verurteilt (letztere dieser Tage frei gelassen) – der CDU-Parteispenden-Prozess Lambsdorff/Friedrichs/Brauchitsch beginnt – in Hessen entsteht, trotz „Zaunlatten“-Androhung des Ministerpräsidenten Börner, die erste rot-grüne Koalition, Joschka Fischer wird erster grüner Minister.

In Auckland, Neuseeland, versenkt der französische Geheimdienst das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“, um Frankreichs Atomprogramm geheim zu halten – 1986 explodiert der Atommeiler von Tschernobyl, die deutschen Atomkraftwerke sind „sicher“, sagt die Bundesregierung – die Industrie entscheidet sich für die Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstäbe in Wackersdorf, Bayern erteilt pflichtschuldig die erste Baugenehmigung, die großen Demonstrationen dagegen rollen an und verhindern den Bau – im Ruhrgebiet wird der erste „Smogalarm“ ausgerufen – und das nordfriesische Wattenmeer wird Nationalpark (übrigens das größte seiner Art auf dem Globus).

Kommt einem alles irgendwie bekannt vor. Und welche Parallelen zu heute!

Das war das gesellschaftspolitische Umfeld, als wir daran gingen, die Konzerne in ihren eigenen „heiligen Hallen des Kapitalismus“ zu kritisieren. Das Wort „Globalisierung“ gab es noch nicht.

Was hat mich und uns getrieben, Kritische Aktionäre bei der Dresdner Bank AG zu werden?

Die Ausläufer von „68“ habe ich als Student miterlebt. 1968 war ich 17, 1985 folglich 34 Jahre alt, hatte zwei Studiengänge absolviert und meine erste volle Anstellung (die die Dresdner Bank übrigens zu beenden versuchte). Der „Ernst des Lebens“ hatte mich erreicht, von „Sponti“ keine Spur. „Marsch durch die Institutionen“ war uns als Theorie durchaus bekannt. Aber wenn wir es tatsächlich gemacht haben: Das war nicht unser Ansatz.

Wir, die späteren „Kritischen Aktionäre der Dresdner Bank AG“, kamen von einer sog. „Ein-Punkt-Bewegung“: Alle waren wir Aktive gegen Apartheid-Südafrika und dessen Unterstützung durch bundesrepublikanische Kräfte. Wir waren – teilweise schon langjährig – in der bundesweiten, lokal basierten Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) oder der Frauenarbeit der evangelischen Frauen „Keine Früchte aus Südafrika“ engagiert und in der Öffentlichkeit durchaus präsent. Ich selber war – nach einer dreimonatigen Praktikums-Reise durch das südliche Afrika mit Stadtplanungserfahrung in Soweto und anderen „townships“ – dann mehr als 10 Jahre Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung gewesen; die wütende Anschimpfung von Passanten auf der Straße, ob ich denn schon „unten“ gewesen sei, konnte ich also gelassen mit „Ja“ beantworten („drüben“ übrigens auch).

Wirtschaftsboykott haben wir propagiert, Nicht-Kaufen von Früchten, Wein und anderen Waren aus Südafrika (Militärausrüstungen durch Daimler!), weil dies der Stabilität des rassistischen Systems der Apartheid diene. „Politik aus dem Einkaufskorb“ also. Damals ein völlig neuer Ansatz, auf individueller, auch auf internationaler Ebene machbar und wirkungsvoll (heute leider fast vergessen).

Das hat mich getrieben: Aktionen gegen die Rassentrennung in Südafrika, nunmehr gepaart mit einem ökonomischen Ansatz. Bei einem Kreditinstitut mit glänzender Fassade, einer Bank. Erst wenn es „weh tut“, werden Ge-

sellschaft, Wirtschaft, Politik ihre Unterstützung des weißen Apartheid-Regimes in Südafrika beenden. Also müssen wir der Dresdner Bank „weh tun“.

Ich hatte gerade eine Aktie der Dresdner Bank AG geerbt. Mit „weh tun“ meinten wir beileibe nicht, etwa einer Dresdner Bank durch unsere Aktionen einen ökonomischen Schaden zufügen oder das Verhalten des Vorstands unmittelbar beeinflussen zu können. Lächerlich, angesichts der Mehrheitsverhältnisse. So naiv waren wir nicht.

Wieder wollten wir zweierlei: Die gesetzlichen Rechte der sog. „Aktionärsdemokratie“ innerhalb der Versammlungen der Eigentümer – der „Hauptversammlungen“ der Aktionäre – nutzen, um die doch einige tausend anwesenden Aktionäre schriftlich durch Anträge und mündlich durch Reden aufzuklären, was ihre ach so angesehene Bank so alles in Südafrika treibt. Und: Wir wollten via Medien die allgemeine Öffentlichkeit über die dortige Rassentrennung und deren Unterstützung durch deutsche Unternehmen, speziell Banken, informieren. Nutzung von Aktionärsrechten als Mittel zum Zweck also.

Der Öffentlichkeitsaspekt stand folglich stets massiv im Vordergrund. Weshalb auch am so genannten „Bankentag“ – also dem Tag der jährlichen Hauptversammlung der Dresdner Bank AG – bundesweit in vielen Städten und besonders am Ort der Hauptversammlungen Demonstrationen, Straßentheater, Spektakel, Aktionen in Bankenfiliolen und vor Konsulaten Südafrikas, Medienergebnisse, Pressegespräche etc. stattfanden. Der „Tanz um das goldene Kalb“ stand immer im Mittelpunkt (das gute Pappetier ist zwischenzeitlich leider verloren gegangen). Selbstverständlich bemühten wir uns um „Vernetzung“ – auch wenn es den Begriff damals noch nicht gab – mit Parteien, Dritte-Welt-Gruppen, Kirchengemeinden, Vertretern aus Südafrika; Bankangestellte und Gewerkschaften taten sich mit Boykottmaßnahmen naturgemäß schwer.

Übrigens haben wir stets die gesetzlichen Spielregeln eingehalten, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Sachkonfrontation mit Banken und in der Hauptversammlung der Dresdner. Rabaukentum oder persönliche Auseinandersetzungen hätten unseren Zielen geschadet.

Unsere allerersten Schritte waren schlicht dilettantisch. Voll Sendungsbewusstsein haben wir seitenlange Anträge zur Kreditpolitik der Bank geschrieben, die die Aktio-

näre doch bitte beschließen mögen. Statt Abdruck an alle Aktionäre kam die Rechtsauskunft, Anträge dürften nur zur Tagesordnung gestellt werden – die Kreditpolitik der Bank stand aber nicht auf der Tagesordnung, darf nicht draufstehen. Und die Länge der Begründung dürfe nach Urteil XYZ einhundert Worte nicht überschreiten. Wir haben uns natürlich geärgert, aber etwas gelernt.

Überhaupt erinnere ich mich gut an das erste der später jährlichen „Bankenseminare“: Es ging ja darum, in der Drittwelt- und Südafrika-Arbeit Engagierte – also uns selbst, einige tausend Menschen in Westdeutschland – erst einmal zu informieren und zu überzeugen, warum jetzt nicht nur Orangen aus Südafrika von Übel sein sollten, sondern auch das Konto bei der Dresdner Bank.

Erkenntnis: Niemand hatte ein Konto bei der Dresdner Bank, das man unter Protest hätte kündigen können; die allermeisten Deutschen haben ihre privaten Konten bei den Filialen der Postbank, der Sparkassen und Raiffeisenbanken um die Ecke.

Warum dann dennoch Dresdner Bank und Kritische Aktionäre? Weil man mit einer Aktie dieser AG im Wert von damals rund 150 DM Öffentlichkeit herstellen kann. Das muss von den Engagierten erst einmal verstanden werden.

In Ulm, auf Einladung einer dortigen evangelischen Kirchengemeinde, fand das erste „Bankenseminar“ 1982 statt. Ein langes Wochenende. Mir als Organisator, Referent und Mittdreißiger saßen vielleicht 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegenüber, manche Männer wie ich mit langen Haaren und sonst sogenannten „Boykott-Frauen“, wie sie sich selber nannten, „uralt“, also vielleicht 50-60 Jahre. U.a. – für mich persönlich sehr beeindruckend – Käte Gollwitzer, sicher über 65, interessiert, neugierig auf Neues, kritisch.

Nun galt es zu klären, was Geld ist – tja, was ist Geld? Da liegt doch irgendwo bei der Bundesbank im Tresor sehr viel Gold zur Deckung unseres Geldumlaufs (oder so ähnlich)?

Fragen über Fragen: Was sind die fundamentalen Unterschiede zwischen öffentlichen Sparkassen, genossenschaftlichen Volksbanken und privaten Geldhäusern in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft? Welche Rechte besitzt ein Aktionär, wie läuft eine Hauptversammlung ab, wie stelle ich einen Antrag, wie komme ich durch die

Sicherheitsschleusen der Hauptversammlung, was tue ich, wenn „die“ mir den Mikro-Saft abdrehen? Wie funktioniert das mit der Unterstützung des Apartheid-Systems durch deutsche Banken, nicht nur technisch, sondern auch volkswirtschaftlich betrachtet? Warum Dresdner, nicht Deutsche, Commerzbank, Bayerische? Und was ist ein „tombstone“? (Falls es jemand nicht wissen sollte: Es handelt sich um eine großformatige Zeitungswerbeanzeige von Bankenkonsortien zur Aufforderung, Stückelungen einer millionenschweren an den Staat oder die Rüstungsindustrie Südafrikas begebenen Anleihe zu bestimmten (Zins-) Konditionen zu zeichnen, zu kaufen also).

Da stand ich nun. Zwar hatte ich Ökonomie studiert, aber Banken-Kauderwelsch war auch für mich „Chinesisch“. Weshalb ich mir zur Vorbereitung – bitte nicht verpetzen – das Buch „Wirtschaftslehre des Kreditwesens“ kaufte, das Lehrbuch für Lehrlinge im Bankengewerbe, das konnte ich verstehen. Mit diesem Rüstzeug, vielen handschriftlichen Overhead-Folien – Powerpoint, was ist das? – und einem gerüttelten Maß an Selbstbewusstsein haben wir dann viele Jahre solche Bankenseminare durchgeführt, ein Stück Volksbildung. Eine Hälfte Theorie, die andere Vorbereitung konkreter Aktionen. Und nächtelang Reden schreiben.

25 Jahre lang, bis heute, haben jetzt Kritische Aktionäre und die Bewegten außerhalb der Hauptversammlung bei der Dresdner Bank AG und später bei Deutscher, Commerz- und anderen Banken Anträge auf Nichtentlastung von Vorständen und Aufsichtsräten gestellt, in Reden auf die Unterstützung der Apartheid und die heutigen wirtschaftlichen und politischen Folgen in Südafrika hingewiesen, Druck gemacht. Wie ich meine, eine sehr beachtliche bürgerschaftliche Leistung.

Oft genug haben uns „Kritischen“ die Knie gewackelt beim Gang zum Podium, um vor 2500 oder 4000 mehr oder minder aggressiven Aktionären über Südafrika zu reden, die Stimme eingeknickt, rüde angemacht vom Aufsichtsratsvorsitzenden, manchmal auch von Teilnehmern oder Saalordnern vom Rednerpult gezerrt.

Die viele Arbeit, das Engagement einer ganzen Bewegung unterschiedlicher Menschen, die unendlich langen Fakten-Recherchen: Hat sich das alles gelohnt?

Zur Beantwortung dieser Frage will ich drei Ebenen trennen:

International – da sind wir absolut sicher – ist das schändliche, weiße Apartheid-Regime durch Auseinandersetzungen und Kampf in Südafrika selbst sowie durch internationalen Druck zum Rückzug gezwungen worden; Wirtschaftsboykott, auch bei Banken, hat einen erheblichen Beitrag geleistet. Wir haben nicht unwesentlich daran mitgewirkt.

Was Westdeutschland betrifft, haben wir eine Aktionsform mit erfunden und durchgesetzt, mit der Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Dazu ist sehr viel Gehirnschmalz und persönliches Engagement von Vielen erforderlich.

Anfangs hatten wir natürlich erhebliche Bedenken und auch Ängste, im Laufe der Jahre legte es sich, kam Routine auf; aber ein Kribbeln im Bauch bleibt immer. Doch die Resonanz in der veröffentlichten Meinung – Radio, Fernsehen (ARD 20 Uhr-Nachrichten!), Sonderbeitrag in Monitor, schreibende Medien, selbst für uns positive Artikel in der FAZ, daraufhin Anfragen im Bundestag wieder mit Medienecho usw. – hat uns Recht gegeben, wir haben mittels Aktionärsrechten Öffentlichkeit, meist in unserem Sinne, herstellen können und damit auch politischen Druck entfaltet. Diesbezüglich war die Dresdner Bank – trotz großer Presseabteilung – über viele Jahre einmal im Jahr tatsächlich auf der Verliererseite.

Doch wie stark wir den Dresdner-Vorstand nicht nur genervt, sondern faktisch unter Druck gesetzt, international politisch und national medienmäßig regelrecht vorgeführt und getroffen haben, hat sich mir erst durch zwei kleinere Ereignisse erschlossen: Nicht, dass wir bei unseren Anträgen eine geringere Zustimmungquote zum Vorstandsantrag von 99,2 statt 99,8% erzielten, war wichtig. Aber: In einer der Hauptversammlungen wurde ich vom Versammlungsleiter zur Rede gerufen, obwohl ich mich noch gar nicht zu Wort gemeldet hatte; die Bank hat also mit uns gerechnet und versuchte nicht mehr, uns tot zu schweigen, sondern – in ihrem Sinne versteht sich – „einzubauen“. Und etwa im vierten oder fünften Jahr unseres Antragsschreibens als Kritische Aktionäre erhielt ich einen anonymen Telefonanruf von einem Mitarbeiter der Dresdner Bank – und zwar just aus der Zentralabteilung, deren Job es war, unsere Anträge zu bearbeiten,

zu recherchieren, schriftlich zu beantworten und für den Vorstandsvorsitzenden für dessen Beantwortungsrede „nieder zu machen“. Dieser Mitarbeiter sagte, er persönlich stehe voll hinter unserem Tun; er habe erhebliche Schwierigkeiten, unsere Anträge und Aussagen auftragsgemäß zu zerpfücken, weil sie fehlerfrei seien; überdies beschäftige sich der Vorstand ganz heftig mit diesen Anträgen, diskutiere angesichts der öffentlichen Kritik über die Werthaltigkeit des Südafrika-Engagements der Bank und sei ganz erheblich um ihr Image besorgt. Er wolle uns bestätigen. Wir seien völlig auf dem richtigen Weg. Das hat uns natürlich bestärkt.

Nochmals zum Begriff „Eine-Punkt-Bewegung“: Natürlich hätten wir auch über andere Themen streiten, jedes Jahr eine andere Bank in den Fokus stellen können, gewerkschaftliche Themen, das Ringen der Dresdner um Platz 2 in Deutschland versus Aufkauf durch die Allianz AG, das forsche Einführen des „electronic banking“ – damals ein Modethema des Vorstands, heute holt sich jedermann sein Bargeld vom Geldautomaten –, die geringe Frauenquote in gehobenen Positionen, die unterschiedlichen Gehälter bei gleicher Qualifikation, die umstrittenen Kredite für Rüstungsgüter in aller Welt, Umwelt schädigende Projekte wie Staudämme im Regenwald, die Korrelation von (fallenden) Aktienkursen der Bank und unseren öffentlichen Vorhaltungen. Doch wir haben uns ganz bewusst auf „Apartheid-Südafrika“, dessen Finanzierung durch die Dresdner-Bank und den seitherigen politischen und wirtschaftlichen Folgen konzentriert. (Einmal jedoch habe ich eine Ausnahme gemacht und eine Parallele gezogen zwischen der Rolle der Dresdner Bank im nationalsozialistischen Reich – namentlich ihr ganz erheblicher Beitrag zur „Entjudifizierung der deutschen Wirtschaft“ – und ihrer Rolle im Rassenstaat Südafrika. Das hat uns bezeichnender Weise die wütenden Proteste der Zuhörer eingebracht. Ich musste von Saalordnern geschützt werden.

Ich denke, dass die bewusste Konzentration auf ein Thema ein wichtiger Grund für unsere Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit war.

Bleibt schließlich die persönlich-menschliche Seite: Wir alle sind an der Aufgabe erheblich gewachsen, so auch ich. Viel gelernt haben wir – ob Jugendlicher oder 65-Jährige – über den realen Kapitalismus in der BRD und die Machtverhältnisse in Westdeutschland und im internationalen Geschäft: Was nützen Ächtungs- und rechtsverbindliche Wirtschaftsboykott-Beschlüsse der Vereinten Nationen zum Unrechtsstaat Südafrika, wenn sich eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt nicht daran hält?! Wir haben unsere „Globalisierung“ schon vor 25 Jahren gelernt; Attac wurde ja erst viel später gegründet, das Wort selbst war noch unbekannt.

Einerseits: Heute zahlt die frei gewählte Regierung Südafrikas noch immer die Kredite und Anleihen zurück, die der rassistischen Apartheid-Regierung vor 25 Jahren gewährt wurden; täte sie es nicht, bekäme sie schlagartig auf dem internationalen Finanzmarkt keinerlei Finanzmittel mehr. Das schmerzt persönlich, weil es den Aufbau einer neuen Gesellschaft erschwert. Andererseits: Gegen internationale Konzerne, darunter die Daimler-Benz AG, ist seit 2003 in den USA eine völkerrechtlich begründete Klage eingereicht, mittels Kapital und Rüstungsgütern das damalige rassistische und völkerrechtswidrige Apartheid-System mitfinanziert, gestärkt, aufgerüstet und aufrecht erhalten zu haben. Es geht um Milliarden US-Dollar an Entschädigungszahlungen für Apartheid-Opfer. Die Klage ist kürzlich angenommen worden. Unsere damaligen Recherchen und Veröffentlichungen z.B. der Anti-Apartheid-Bewegung sind in diese Völkerrechts-Klage eingeflossen.

Ich kann nicht anders als zu sagen: Das befriedigt. Es tut sich was im internationalen Recht gegen Menschenrechtsverletzer!

Bleibt die Frage: Warum haben wir uns schließlich die Mühe gemacht, vor 30 Jahren den „Dachverband Kritischer Aktionäre e.V.“ zu gründen und aufzubauen?

Diese Frage ist fast beantwortet. Die Kritischen Aktionäre waren eine neue Form gesellschaftlicher Auseinandersetzung – nach „68“, sagen wir ab 1980, kam ja außer der

RAF-Hysterie und der Friedens- und Umweltbewegung wenig nach. Eine Aktionsform mitten im Herz des Klassenfeindes sozusagen – was wir öffentlich nie gesagt und die meisten von uns so auch nicht empfunden haben. Wir „Kritischen Aktionäre bei der Dresdner Bank AG“ wollten Mitaktionäre und Öffentlichkeit überzeugen.

Wir Handelnden waren damals – obwohl noch wenig Erfahrung vorlag – davon überzeugt, dass die Aktionsform „Kritische Aktionäre“ erfolgreich sein wird, sein muss. Wie lautet das Motto des Dachverbands der Kritischen Aktionäre im 25. Jahr seines Bestehens? „Menschen Mut machen – Konzernopfern eine Stimme geben“. Eben.

Da lag es nahe, dass die verschiedenen Akteure sich zusammensetzten. Das war 1985/1986. Ziel war zunächst, Informationen z.B. zum Aktienrecht, Vorgehensweisen in und außerhalb einer Hauptversammlung, gegenüber den Medien usw. auszutauschen sowie – ganz schlicht – den erheblichen Aufwand zu minimieren, die Formalia bezüglich der Aktionäre zu erfüllen (Eintrittskarten etc.) und deren Stimmrechte auf die „Kritischen“ zu übertragen.

Typisch deutsch: Satzung schreiben, Verein gründen, Vorstand und Rechnungsprüfer wählen, Gemeinnützigkeit beantragen; aber wir hatten keinerlei „Kohle“.

Dann ging es darum, die Themenbereiche zu erweitern. Jede Gruppe der Kritischen Aktionäre der jeweiligen AG hatte ihre Schwerpunkte; zusammen sollten und konnten wir größeren Druck entfalten, zeigen, dass wir echte Aktionärsdemokratie anmahnen, einen vielstimmigen Chor nach der Tonleiter darstellen, dass es in deutschen Großunternehmen an ethischen Maßstäben und Codes of Conduct – den Grundsätzen nachhaltiger Verantwortung gegenüber derzeitigen und künftigen Generationen auf dem Globus, ökologisch, ökonomisch, sozial – mangelt. Gemeinsam wollten wir die Idee der „Nachhaltigkeit“ in die Hauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften Deutschlands tragen – auch wenn es diesen Begriff damals zwar aus der sog. Brundtland-Kommission der

Vereinten Nationen über Entwicklung seit 1983 schon gab, aber auch uns zunächst unbekannt war.

Das ist gelungen: Die Aktionsform „Kritische Aktionäre“ ist „Alltagsgeschäft“, der Dachverband erfüllt seine Aufgabe vorteilhaft, die „Kritischen“ sind im politisch-wirtschaftlichen Geschäft vorhanden und werden wahrgenommen. Heutige Kritische Aktionäre haben deutlich weniger mit den „Stänkerern“, „Aussätzigen“ und „Geht-doch-nach-drüben-Leuten“ zu tun, die wir anfangs waren; sie werden von den AG-Verantwortlichen – notgedrungen – ernst genommen. Die Öffentlichkeit rechnet mit und auf uns, den „Kritischen“, im alltäglichen Wirtschaftsgeschäft. Heute reden gar Minister davon, Unternehmen dürften „nicht nur nach Renditegesichtspunkten geführt“ werden. „Heuschrecken“ (Münzfeiring), „Globalisierung nicht den AEG-Beschäftigten auf die Füße legen“ (Stoiber), „die Finanzkrise darf nicht von den Steuerzahlern bezahlt werden“ (Schäuble) bis „an der Griechenland-Hilfe müssen sich die privaten Banken massiv beteiligen“ (Merkel) – haben wir alles gehört. Doch das ist die Lage in Deutschland: Niemand glaubt ihnen mehr.

Gar nichts ist gut. Aber die „Kritischen Aktionäre“ werden den Finger in die Wunde legen und darin auch noch herumbohren, immer wieder, immer laut, mitten im Getümmel. Deshalb haben wir vor 25 Jahren den „Dachverband Kritische Aktionäre“ gegründet.



Dorothea Kerschgens († 2016) war von 2004 bis 2014 Vorstandsmitglied im Dachverband der Kritischen Aktionäre.

Warum Kritische Aktionäre?

Weil es eine gute Erfahrung ist, vor „großen Tieren“ die Scheu zu verlieren und mit Chuzpe ihnen Widersprüche zwischen Aussagen und Taten um die Ohren zu hauen und sachliche, gleichzeitig provokative Fragen zu stellen.

Im Ernst, dies ist ein Nebeneffekt, aber ein wichtiger emotionaler, der mir Schub gibt, Recherchen anzustellen, Reden zu formulieren und die Spannung auszuhalten.

Wer seit mehr als 40 Jahren politische Arbeit tut und noch immer mit Lust – zugegeben auch manchmal mit Frust –, braucht unterschiedliche Betätigungsfelder. Die Arbeit als Kritische Aktionärin eröffnet ein Feld neben Briefe schreiben, Infostände organisieren, Reden halten. Die „Bühne“ Aktionärsversammlung nutzen, um ungenannte Themen zur Sprache zu bringen und das Image zu zerstören, das sich so gerne seriös, umwelt- und menschenfreundlich gibt.

Meinem Einstieg zu den Kritischen Aktionären war jahrelange Anti-Apartheid-Arbeit vorausgegangen. Wir hatten die bundesdeutsche enge Kooperation, ja Kollaboration auf Finanz-, Rüstungs-, Kultur- und Sportebene angeprangert. Da lag es nahe, wenn es auch noch ein fremdes Element war, die Banken direkt vor Ort zu konfrontieren. Die Dresdner Bank war lange die Bank, die wir bevorzugt besuchten, auch wenn uns klar war, sie ist bei weitem nicht die einzige, der enge Verbindung mit dem Apartheidstaat vorgeworfen werden kann.

Khulumani, die Organisation, die Apartheidopfer zunächst in der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission vertrat, reichte im Jahr 2002 in New

York eine Klage ein. Sie wollte und will von transnationalen Unterstützern Schadensersatzforderungen erhalten. Es sollen auch die Archive geöffnet werden, um alle Details zu erfahren. Damals waren die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank zunächst mit auf der Anklagebank, neben Rheinmetall, die eine Munitionsabfüllanlage geliefert, und Daimler, die das Militär und die Polizei u.a. mit Unimogs beliefert hatten. Die Klage ist immer noch in Gang, mit all den juristischen Hoffnungen und Schwierigkeiten, die man sich denken kann. Inzwischen werden aber die Banken, sowohl die deutschen wie auch die Schweizer, nicht mehr belangt. Die Rechtsanwälte sahen größere Chancen, die Klage zu gewinnen, wenn es eine Beschränkung auf Rüstungslieferanten gibt, denen ein direkter Bezug zum Schaden der Schwarzen in Südafrika nachgewiesen werden kann.

So war es folgerichtig, dass wir das Thema Klage bei den fünf Firmen und jetzt nur noch bei Rheinmetall und Daimler vertreten. Das öffnet auch die Türe nachzuweisen, dass Konzernchefs aus den beklagten Lieferungen an einen Unrechtsstaat wie Südafrika nichts gelernt haben. Durch die Exporte in den Nahen Osten und andere Krisengebiete belegen wir dies.

An der besonderen Art der Stille und der Aufmerksamkeit, wenn ich das Thema in der Hauptversammlung anspreche, merke ich, in welches Wespennest ich gestochen habe. Wie bemüht die Vorstandssprecher sind, Verantwortung von ihnen weg und hin zur Bundesregierung zu delegieren, die die Exporte genehmigt, oder sich auf Geheimhaltungsverpflichtungen zu berufen.



Paul Russmann ist Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

Mehr Umweltschutz! Mehr soziale Gerechtigkeit!

Seit 30 Jahren streiten die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre in den Hauptversammlungen deutscher Konzerne für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit.

Sie wollen Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten, umweltfreundliche Produkte und Klimaschutz fördern, die Sozialbindung des Eigentums durchsetzen. Sie kämpfen gegen das Diktat des „Shareholder Value“, gegen Rüstungsproduktion, gegen Atomenergie und gegen umweltschädliche Geschäfte.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre organisiert die gemeinsamen Kampagnen seiner Mitgliedsorganisationen. Außerdem ist er die zentrale Anlaufstelle für Tausende Kleinaktionärinnen und Kleinaktionäre, die ihm die Stimmrechte ihrer Aktien übertragen, um auf diesem Weg ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen.

Welche Ziele verfolgen die Kritischen Aktionäre?

Den Kritischen Aktionären geht es – im Gegensatz zu vielen anderen Aktionärsvereinigungen – nicht um die Höhe der Dividende oder um die Befriedung materieller Einzelinteressen. Vielmehr treten sie für eine Unternehmenspolitik ein, die sich am Allgemeinwohl orientiert und sich für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzt.

Die „Kritischen“ fordern den Ausstieg von Siemens und den Stromkonzernen aus allen Atomgeschäften, in den Aktionärshauptversammlungen von BASF und Bayer streiten sie gegen giftige Pestizide, gegen riskante Ex-

perimente mit der Gentechnik und gegen gefährliche Arzneimittelexporte. Den Vorständen der Daimler AG und Rheinmetall verweigern sie wegen fortgesetzter Rüstungsproduktion die Entlastung. Von Deutscher Bank und der Commerzbank forderten sie die Schuldenstreichungen für die ärmsten Länder des Südens. Auf den Hauptversammlungen der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG kritisierten sie Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping. Und quer durch alle Branchen kämpfen die „Kritischen“ um bessere Beschäftigungschancen für Frauen und Behinderte.

Wie arbeiten die Kritischen Aktionäre?

Unabhängig, ob eine Aktionärin eine einzelne Aktie oder 20 Prozent der Aktien eines Unternehmens besitzt – jeder hat nach dem deutschen Aktiengesetz das gleiche Frage- und Auskunftsrecht in der Hauptversammlung und kann zur Hauptversammlung Anträge zum Beispiel auf Nichtentlastung von Aufsichtsrat und Vorstand stellen und diese mit einer thematischen Begründung versehen. Diese so genannten Gegenanträge mussten bis vor einigen Jahren schriftlich an alle AktionärInnen des jeweiligen Unternehmens auf Kosten des Unternehmens verschickt werden. Mittlerweile müssen sie nur noch auf der Homepage des Unternehmens veröffentlicht werden. Bei einigen Hauptversammlungen konnte der Dachverband in der Vergangenheit sogar eigene Tagesordnungspunkte einbringen, weil ihm von einer Erbgemeinschaft die Stimmrechte aus einem umfangreichen Aktienbesitz übertragen wurden. In anderen Hauptversammlungen stellten die Kritischen AktionärInnen eigene Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Aufsichtsrat auf.

Vor vielen Hauptversammlungen fanden auch immer wieder Aktionen des Dachverbands statt – unterstützt von Organisationen aus dem NGO-Bereich, die zu den Problemen arbeiten, die die Kritischen in den Hauptversammlungen thematisieren.

Was wurde erreicht?

Über Rüstungsgeschäfte, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit wurde in den Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften bis Anfang der 80er Jahre nicht diskutiert. Wo früher nur gefragt wurde, warum die Dividende nicht höher ausfällt, mussten die Manager plötzlich beantworten, wie sie umwelt- und gesundheitsschädliche Produkte rechtfertigen wollen. Selbstverständlich haben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre nicht die Illusion, Abstimmungsmehrheiten in Hauptversammlungen erzielen zu können. Aber sie stellen Öffentlichkeit für rücksichtslose Geschäftspraktiken her und setzen die Manager unter Druck. Dadurch kommt es zu Verbesserungen, weil die Konzerne auf ein positives Image angewiesen sind. Im Laufe der Jahre führte manche Kampagne zum Erfolg. So setzte die Schering AG ihre

Arbeiter in Peru nicht mehr giftigem Formaldehyd und schädlicher UV-Strahlung aus, und die Deutsche Bank widerrief eine Kreditzusage für ein Projekt in Griechenland, bei dem Gold mittels Zyanid gewonnen werden sollte. UNICEF verweigerte nach Hinweisen der Kritischen Aktionäre Daimler wegen Beteiligung am Rüstungskonzern EADS die Aufnahme in seine Sponsoren-Liste und strich den Konzern sogar bis auf weiteres von seiner Lieferantenliste.

Vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft die Regelungsfähigkeit des Staates zugunsten der als Global Player operierenden Konzerne noch weiter abnehmen wird. In diesem Zusammenhang können die national und international agierenden Nichtregierungsorganisationen eine neue Rolle als Kontrollinstanz übernehmen. Als Teil der sich herausbildenden „Gesellschaftswelt“ (Czempiel) nehmen sie nicht nur eine kritische Position gegenüber den Staaten und ihren Regierungen ein, sondern auch gegenüber Wirtschaftskonzernen. So verstehen sich auch die Kritischen Aktionärinnen und Kritischen Aktionäre.



Axel Köhler-Schnura ist Gründungsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

Erfolg durch breite gesellschaftliche Allianzen Zu Möglichkeiten und Grenzen Kritischer AktionärInnen

Kritische AktionärInnen treten an, um im Angesicht der Macht des Kapitals grundlegenden ethischen Prinzipien Gehör zu verschaffen. Doch was können sie erreichen? Wo liegen die Möglichkeiten, wo die Grenzen? Was ist das Gebot der Stunde?

Den Konzernen und den hinter ihnen stehenden Großaktionären geht es im Kern um den Profit. Der frühere BAYER-Vorstandsvorsitzende Prof. Grünewald etwa meinte, dass für die Moral die Kirche und für Ethik die Ethik-Kommission zuständig sei. „Wir“ – und damit meinte er das Management des Konzerns – „sind für den Profit zuständig.“ Sein späterer Nachfolger Dr. Schneider brachte es noch präziser auf den Punkt: „Unser Job ist der Profit.“

Die Kritischen AktionärInnen kommen, wollen sie auf lange Sicht erfolgreich sein und tatsächlich einen grundsätzlichen Wandel zu den Prinzipien des Umweltschutzes, des Friedens und der Solidarität zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften herbeiführen, nicht darum herum, ihre Grenzen und Möglichkeiten klar zu sehen. Sie müssen alles tun, um entsprechende Klarheit zu schaffen und nicht Illusionen aufzusitzen. Andernfalls laufen sie nicht nur Gefahr, zu zahnlosen Papiertigern zu verkommen, indem sie lediglich an der Fassade herumkratzen, sondern sich gar auf der anderen Seite der Barrikade wieder zu finden, indem sie durch Co-Management und Sozial-Partnerschaft den gesamtgesellschaftlichen Kampf für Umweltschutz, Frieden und Gerechtigkeit erschweren und untergraben.

Genau da setzen die Öffentlichkeitsstrategen in den Vorständen der Konzerne an. Sie wollen berechenbare, aber letztlich unwirksame Kritik, die zudem den Vorteil hat, die Illusion der Aktionärsdemokratie weiter zu nähren.

Indem man die Kritischen AktionärInnen ungestört reden lässt, demonstriert man Toleranz, kann aber dank der Machtverhältnisse weiterhin ungestört die immer neuen Rekordprofite aufteilen. Indem sie die Kritischen AktionärInnen spalten, in „radikale“ und „demokratische“ etwa, geben sie sich tolerant und aufgeschlossen. Indem sie die moderaten Kräfte mit „Gesprächen“ und „Austausch“ locken, nähren sie Illusionen und spalten die Bewegung.

Es wird also für die Kritischen AktionärInnen mehr und mehr darum gehen, sich zu positionieren. Sie müssen klären, ob sie den immer öfter gemachten Angeboten von Co-Management und Sozialpartnerschaft eine Absage erteilen und wie sie sich ohne Vorbehalte mit den antikapitalistischen Kräften in starken Allianzen verbünden. Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz werden sich – das macht der seit 1990 nach dem Fall der sozialistischen Staaten „entfesselte Kapitalismus“ deutlicher denn je – nur bei vollständigem Bruch des Profitsystems erreichen lassen. Nur ein System, das auf Frieden, Solidarität und Ökologie baut, kann die Hauptversammlungen der Konzerne ihrer Kapitalmacht berauben und zu Orten demokratischer Debatten und der Suche nach den für Mensch und Umwelt besten Lösungen machen. Ein für Kritische AktionärInnen, so sie sich selbst ernst nehmen, wahrhaft hehres Ziel, für das es sich nicht nur einzutreten lohnt, sondern für das sie eintreten müssen, wollen sie tatsächlich etwas zur Rettung des Planeten beitragen und ihrer Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber gerecht werden. Es ist das Gebot der Stunde angesichts der Dramatik der verheerenden Entwicklungen, die von den hinter den Konzernen stehenden Ultra-Reichen einzig im Interesse ihrer privaten Profite vorangetrieben werden.



Gregor Böckermann ist Mitglied der Initiative Ordensleute für den Frieden.

Kritische Aktionäre und die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF)

Dass man auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften das Wort ergreifen darf, ohne selbst Aktien des Unternehmens zu besitzen, habe ich zunächst von den „Evangelischen Frauen für Südafrika“ gelernt. Sie gingen regelmäßig zur Hauptversammlung der Dresdner Bank, um die Verstrickung dieser Bank mit dem Apartheidsregime in Südafrika anzuprangern. Als die Apartheid dann abgeschafft wurde, schenkte mir eine Frankfurter Pfarrerin ihre Eintrittskarte. In der Alten Oper habe ich damals Schuldenstreichung für Algerien gefordert.

Die **Ordensleute für den Frieden**, die inzwischen Mitglied des „Dachverbandes der Kritischen Aktionäre“ geworden waren, gingen regelmäßig zur Hauptversammlung der **Deutschen Bank**. Seit 1990 finden vor der Zentrale dieser Bank jeden ersten Donnerstag im Monat Mahnwachen statt. Zunächst, um Schuldenstreichung für die Dritte Welt zu fordern. Im Laufe der Jahre merkten wir in der IOF aber, dass auch in unserer Gesellschaft die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und zahlreicher werden. Auf Schritt und Tritt ist das in Frankfurt und überall in Deutschland sichtbar: Übertriebener Luxus auf der einen, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit und Sozialabbau mit der Folge stark beschränkter Partizipationsmöglichkeiten.

Was sich aber in Deutschland abspielt, geschieht auch weltweit. Die Schere zwischen den reichen und armen Nationen geht immer weiter auf. Die Folgen: Hunger, Terrorismus, Flüchtlingsströme, Umweltzerstörung.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen im **kapitalistischen Wirtschaftssystem**, das durch die Verselbstständigung und Globalisierung der Finanzströme der ver-

gangenen Jahre noch übermächtiger geworden ist. Die Bedürfnisse der Armen und der kommenden Generationen haben keinen Platz in diesen Unrechtsstrukturen.

Wir stellen die heutige, auf Eigentum – d. h. auf Bereicherung – basierende Wirtschaftsordnung in Frage, weil sie der Allgemeinheit nicht wirklich dient. Denn vom jetzigen Geldsystem profitieren 20 Prozent der Bevölkerung auf Kosten von 80 Prozent, auch in unserem Land. Wir fordern daher ein System, in dem der Mensch als Teil der Natur im Mittelpunkt steht, nicht der Profit. Dazu brauchen wir eine neue Geldordnung ohne Zins.

Unsere Reden auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank wurden meistens von zeichenhaften Aktionen begleitet. Hilmar Kopper beispielsweise bekam ein Apfelbäumchen, im Sinne Luthers, der meinte: „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Für Josef Ackermann haben wir „Brot für die Bank“ gesammelt, um ihm im Mannesmann-Prozess finanziell unter die Arme zu greifen. Im Jahre 2011 lautete unser Motto: „Glanz in der Hütte – Dreck vor der Tür.“ Die Aktionäre mussten sich ihren Weg bahnen durch allerhand Müll, den wir vor der Festhalle in Frankfurt ausgekippt hatten.

Uns **Ordensleute für den Frieden** ist es wichtig geworden, dass nicht nur Fehler oder gar kriminelle Machenschaften der Unternehmen aufgezeigt werden. Als „Kritische Aktionärinnen und Aktionäre“ sollten wir auch immer mit bedenken, dass in unserem Land die Wirtschaft Vorrang hat vor der Politik, und dass im Sinne einer echten Demokratie das kapitalistische Wirtschaftssystem in Frage gestellt werden muss.



Jürgen Grässlin ist Mitglied der Kritischen Aktionäre Daimler.

Am Ende werden Moral, Ethik und Nachhaltigkeit siegen! Ein persönlicher Blick auf zwei Jahrzehnte des Widerstands gegen Waffenhandel des Daimler-Konzerns

Als Anfang der Neunziger Jahre die Kritischen Aktionärinnen Daimler-Benz aus der Taufe gehoben wurden, hätten wir uns gewünscht und erhofft, aber bestimmt nicht mit Sicherheit voraussagen können, dass wir zwei Jahrzehnte danach eine feste Größe bei den Hauptversammlungen und darüber hinaus sein würden.

Anfangs hat man uns verlacht, verhöhnt, verspottet. Nur allzu gut kann ich mich an meine erste Rede in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle erinnern. Edzard Reuter dankten wir Gemischtwarenläden mit den Rüstungsfirmen MBB, MTU, AEG und Dornier. Damals warf ich dem Vorsitzenden der Daimler-Benz Aerospace, Jürgen E. Schrempp, konfrontativ an den Kopf: „An Ihren Händen klebt das Blut unzähliger Toter der Dasa-Waffenexporte!“ Tausende Teilnehmer buhten, nur wenige wagten Applaus. Schrempp aber reagierte ausgesprochen gelassen, kam nach der Hauptversammlung vom Podium herunter, klopfte mir auf die Schulter und sprach grinsend von einer unterhaltsamen Versammlung.

In diesen Jahren provozierten wir wortgewaltig: Unvergessen unser damals massiv moniertes Plakat DAIMLER TÖTET SIE!, das für helle Aufregung in der Konzernzentrale sorgte. Unvergessen unser Blutcocktail, den wir den Aktionärinnen und Aktionären draußen vor der Hauptversammlung ausschenkten. Unvergessen die äußerst kontrovers ausgetragenen Diskussionen in kleiner Runde von DASA-Vorständen und uns Eurofighter-Kritikern – um nur einige der zahlreichen Highlights zu nennen.

Mit Schrempps anmaßender Vision der Welt AG, dem global führenden Autoriesen, mutierte Daimler-Benz zu DaimlerChrysler. Was haben wir Kritischen AktionärInnen – übrigens im Bund mit kritischen Gewerkschaftern – gegen die de facto Übernahme von der Chrysler Corporation gewettert. Zu Recht und doch vergebens. Wären die führenden Anteilseigner und nicht einzig Kleinaktionäre unserem Gegenantrag gefolgt, hätten zweistellige Milliardenbeträge für die Förderung nachhaltiger Mobilität genutzt werden können. Stattdessen wurden Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet. Das Erbe Schrempps wiegt schwer.

Unsere Gegenanträge und Reden, vor allem aber meine Bücher müssen sie gewurmt haben: „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“, „Daimler-Benz. Der Konzern und seine Republik“, „Jürgen E. Schrempp. Der Herr der Sterne“ und zuletzt „Das Daimler-Desaster“ – unter ihnen nationale wie internationale Bestseller. Wie anders erklärt sich die Tatsache, dass mich Jürgen E. Schrempp und Dieter Zetsche mit dem Konzern in Berlin und Hamburg 2005 auf Unterlassung verklagten. Wie peinlich und notwendig die Niederlage von Zetsche vor dem Landgericht Hamburg bei seiner Forderung nach Schmerzensgeld. Wie bedeutend der Sieg der Presse- und Meinungsfreiheit über Schrempp vor dem Bundesgerichtshof im Herbst 2009.

Wie wichtig, dass die Kraft der Argumente gesiegt hat über die Macht des Kapitals. Ein Präzedenzfall, der noch Jahre wirken wird.

Wie peinlich dagegen Dieter Zetsches Schweigen, nachdem ich ihm auf der Hauptversammlung vor laufender Kamera die Postkarte mit seinem Konterfei, der Aufschrift „Kennen Sie Deutschlands größten Waffenhändler?“ mit einer Einladung überreicht habe: „Lassen Sie uns in einer Kriegsgebiet reisen und mit den Überlebenden des Waffeneinsatzes von Daimler/EADS-Waffen reden.“ Nein, wir schweigen nicht. Wir erheben unsere Stimme für die Opfer dieser Geschäftspolitik.

Dass Daimler seine Aktien an der EADS jetzt verkaufen will, ist ein Zeichen. Und seien wir nicht zu bescheiden: Dieses Bemühen ist auch ein unausgesprochenes Signal, das da lautet: Daimler-Manager ertragen es nicht länger, als die größten industriellen Waffenhändler der Republik an den Pranger gestellt zu werden. Bei der Daimler AG

sind sie uns damit lange noch nicht los, denn der Automobilkonzern bleibt noch immer einer der größten Händler von Militärfahrzeugen weltweit – zu den Adressaten zählen Terrorregime in aller Welt.

Noch sind wir nicht am Ziel unserer Träume. Noch ist Daimler nicht aus dem Waffenhandel ausgestiegen. Noch fahren japanische und französische Autokonzerne ökologisch weit voraus. Noch leiht sich Daimler Arbeiterinnen und Arbeiter, anstatt sie fest anzustellen. Das „noch“ aber ist eine Frage der Zeit. Am Ende werden Moral und Ethik, Nachhaltigkeit und soziales Gewissen über menschenverachtende Waffenlieferungen, PS-protzende Formel-1-Boliden und Beschäftigungsmodelle à la Zetsche & Co siegen.



Barbara Happe ist Bankenreferentin bei urgewald und seit 2012 Vorstandsmitglied des Dachverbands.

Finanzierungen der Deutsche Bank – die zentrale Rolle von Hauptversammlungen

Seit Jahren nimmt urgewald über den Dachverband der Kritischen Aktionäre aktiv an den Hauptversammlungen deutscher Banken teil. Denn: Banken kommt eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft zu. Sie versorgen sie mit Geld und verteilen es so manches Mal an Unternehm(ung)en, die große Schäden anrichten.

Banken sind mitverantwortlich dafür, dass in den letzten Jahren weltweit die Lebensräume von Millionen Menschen geschädigt wurden. Massive Finanzierungen im Bereich fossiler Energien tragen zudem zur Verschärfung des Klimawandels bei. Ungeachtet dessen halten Banken weiterhin an Geschäftsmodellen fest, die einseitig auf Gewinnmaximierung setzen. Den Kunden Kredite oder andere Finanzdienstleistungen zu verweigern, nur weil sie Landrechte missachten, Menschenleben gefährden oder ganze Landstriche verseuchen – das fällt deutschen Banken noch immer schwer, wenn sie ihre Kunden im Vorfeld diesbezüglich überhaupt umfassend überprüfen.

Hauptversammlungen spielen bei dem Bestreben, Banken zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit im Finanzgeschäft zu bewegen, eine zentrale Rolle. Einmal im Jahr besteht hier die Möglichkeit, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder direkt anzusprechen und auf eklatante Missstände und (drohende) ökologische und soziale Fehlinvestitionen hinzuweisen. Zwar lauschen sie unseren auf maximal fünf Minuten beschränkten Beiträgen oftmals mit großer Skepsis – dennoch gelang es in den letzten Jahren immer mal wieder, Finanzentscheidungen zu kippen oder Banken Zugeständnisse abzurufen. Vor allem dann, wenn Betroffene derartiger Projekte das Wort ergriffen und eindringlich über die katastrophalen Auswirkungen der Finanzspritzen auf ihr Leben berichte-

ten und so zahlreiche AktionärInnen sowie im Saal anwesende PressevertreterInnen hinter sich bringen konnten.

Regelmäßig haben wir in den letzten Jahren die Hauptversammlungen der Deutschen Bank besucht. Denn mehr als andere deutsche Banken ist sie immer wieder in Skandalfinanzierungen oder Menschenrechtsverletzungen verstrickt. Bei der Wahl ihrer Kunden kennt sie kaum Skrupel und stellt auch den schwärzesten Schafen Finanzierungen bereit. Sie schreckt dabei auch nicht vor Geschäften und Kunden zurück, die bei anderen Finanzdienstleistern längst auf dem Index stehen.

Beispiel Belene: Nach über 20 Jahren Baustopp nahm die bulgarische Regierung 2006 Pläne zum Bau eines neuen Atomkraftwerkes nahe der Stadt Belene wieder auf. Auch die Deutsche Bank wollte sich neben der Commerzbank und der HypoVereinsbank an der Finanzierung des Projektes beteiligen, wohl wissend, dass das Kraftwerk in einem Erdbebengebiet gebaut werden sollte. 1977 starben nur wenige Kilometer vom AKW-Standort entfernt 120 Menschen bei einem Erdbeben. Trotz des vor Ort existierenden Widerstandes gegen das Projekt waren die deutschen Banken bereit, Belene zu finanzieren. Ur-gewald lud daraufhin Projektbetroffene und bulgarische Energieexperten zu den Hauptversammlungen der involvierten deutschen Banken ein, um so die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder mit den Problemen zu konfrontieren. Die Commerzbank erklärte daraufhin direkt bei der Hauptversammlung, nichts mehr mit dem Projekt zu tun haben zu wollen. Eine umfassende Medienkampagne und die Unterstützung zahlreicher AktionärInnen und KundInnen führten in den Folgemonaten dazu, dass sich auch die beiden anderen deutschen Banken aus Angst

vor Imageschäden von dem Skandalprojekt zurückzogen. Bis heute hat die bulgarische Regierung kein hinreichendes Finanzierungskonzept zusammenstellen können.

Beispiel Streumunition: Drei Jahre hintereinander sprachen wir auf den Hauptversammlungen der Deutschen Bank zu diesem Thema, um sie dazu zu bewegen, aus der Finanzierung von Streumunitionsherstellern auszusteigen. Streumunition ist seit August 2010 völkerrechtlich geächtet, weil ein erheblicher Prozentsatz der Munition beim Einsatz nicht direkt explodiert, sondern als tickende Zeitbombe verbleibt und dann vor allem Zivilbevölkerung verletzt oder tötet. Bei den Hauptversammlungen 2009 und 2010 ernteten wir für unsere Forderungen keine besondere Beachtung – Vorstandschef Ackermann gelang es, die AktionärInnen mit allgemeinen Floskeln zum Thema Menschenrechtsschutz bei der Deutschen Bank zu beschwichtigen. In diesem Jahr jedoch war das anders: wir hatten den serbischen Minenräumer Branislav Kapetanovic zur Hauptversammlung der Deutschen Bank eingeladen, der bei seiner Arbeit im Jahr 2000 verkrüppelt wurde. Verkrüppelt durch Munition eines US-amerikanischen Unternehmens, das auch auf der Kundenliste der Deutschen Bank steht. Durch sein eindrückliches Plädoyer für einen definitiven Ausstieg aus der Finanzierung dieser Munition konnte endlich ein Einlenken der Deutschen Bank erreicht werden. Den Imageschaden für sein Bankhaus vor Augen, sicherte der Vorstandsvorsitzende schließlich zu, das Thema nochmals eingehend überprüfen zu wollen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir Ihrem Anliegen (nach einem Ausstieg) entsprechen werden“.

Derartige Erfolge auf Hauptversammlungen sind jedoch eher die Ausnahme denn die Regel. Getreu dem Motto „Ein schöner Tag macht leider noch keinen Sommer“ gilt auch hier: Ein einzelner Erfolg bedeutet noch kein prinzipielles Umdenken bei der Bank. Noch immer finden sich im Portfolio des deutschen Bankenprimus zahlreiche skandalöse Kunden und Projekte – zum Beispiel im Atom- und Rüstungsbereich.

Beispiel Atom: TEPCO, der Betreiber der havarierten Atomreaktoren im japanischen Fukushima, ist langjähriger Kunde der Deutschen Bank. Obwohl bereits 2002 bekannt wurde, dass TEPCO zahllose Sicherheitsberichte gefälscht und notwendige Reparaturen unterlassen hatte, gab die Deutsche Bank weiter Anleihen für diese Firma aus. Auf Kritik unsererseits bei der Hauptversammlung 2009 reagierte die Deutsche Bank nicht – auch nach der Katastrophe in Fukushima hüllt sich Vorstandschef

Ackermann dazu in Schweigen. Schließlich will man weiter an der Atomkraft verdienen.

„Aussitzen“ statt handeln lautete denn auch die Reaktion der Deutschen Bank auf Kritik an Finanzspritzen für den französischen Atomkonzern Areva zum Kauf des südafrikanischen Bergbau-Unternehmens UraMin. Damit will Areva den Uranabbau in vielen Teilen Afrikas ausbauen. Im Niger ist Areva über Tochterfirmen schon seit 40 Jahren aktiv. Der Effekt: radioaktive Belastung des ohnehin knappen Trinkwassers und erhöhte Hintergrundstrahlung. Die Minenarbeiter leiden unter Hautausschlägen, Leukämie, Nieren- und Lungenkrankheiten. Ungeachtet dieser Probleme will Areva nun eine weitere Uranmine in der Konfliktregion im Norden Nigers erschließen – die Deutsche Bank stört das nicht, Areva bleibt weiterhin „ein willkommener Kunde“. Auch ein aus dem Niger angereister betroffener Minenarbeiter, der den Bankchef auf die gravierenden Probleme in seiner Heimat anspricht, erntet nur den lapidaren Kommentar, dass die Deutsche Bank vor der Kreditvergabe nichts von den Problemen gewusst habe (weil man nicht umfassend geprüft hat) und man jetzt, nach der Kreditvergabe, auch nichts mehr machen könne...

Beispiel Waffen: Noch immer zählen zahlreiche führende Produzenten kontroverser Waffensysteme zum Kundenkreis der Deutschen Bank – entgegen der eigenen immer wieder getätigten Behauptung, nicht in solche Transaktionen verstrickt sein zu wollen. Streumunition ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Hier bleibt, sollte sich der definitive Rückzug beim Thema Streumunition bestätigen, weiterhin viel zu tun, denn auch die Produzenten anderer kontroverser Waffensysteme, die Uranmunition oder Trägersysteme für Atomwaffen herstellen, lassen sich noch immer im Portfolio der Deutschen Bank finden. Bei vielen anderen Banken stehen diese Kunden längst auf dem Index. Hauptversammlungen dienen hier dem Ziel, AktionärInnen konsequent über derart skandalöse Finanzierungen zu informieren und für die Thematik zu sensibilisieren, in der Hoffnung, auch hier eines Tages weit reichende Zugeständnisse zu erzielen.

Mal Licht, aber noch viel Schatten: es ist ein mühsames, zähes und langwieriges Unterfangen, Banken davon zu überzeugen, dass Umwelt- und Menschenrechtsbelange nicht einseitig ehrgeizigen Renditezielen geopfert werden dürfen. Urgewald wird mit den Kritischen AktionärInnen auch in Zukunft dafür streiten, dass Banken weniger „dreckige Deals“ für Mensch und Umwelt tätigen.



Christian Russau ist Journalist und freier Mitarbeiter beim Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika. Seit 2014 ist er Vorstandsmitglied des Dachverbands.

Business as usual: Thyssenkrupp und das Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba

Thyssenkrupp hat für sein Stahlwerk in Rio de Janeiro nach sechs Jahren Betrieb noch immer keine endgültige Betriebsgenehmigung erhalten. Das Landesumweltkontrollamt CECA gestattet dem Stahlwerk Thyssenkrupp Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA) an der Bucht von Sepetiba in Santa Cruz im Stadtgebiet von Rio de Janeiro weitere 60 Tage Betrieb ohne gültige Betriebsgenehmigung. Diese Zeit brauche es noch, um den Fortschrittsbericht der gerade vergangenen 90-Tage-Fristverlängerung zu erstellen, haben die Umweltbehörden beschlossen, so berichtet es die Nichtregierungsorganisation PACS, die auf der entsprechenden Sitzung des Landesumweltkontrollamts CECA zugegen war. Eine inhaltliche Begründung für die weitere Verlängerung wurde demnach nicht gegeben. Von den Umweltbehörden ist bislang keine Stellungnahme veröffentlicht worden.

Sechs Jahre in Betrieb ohne Betriebsgenehmigung

Damit läuft das im Juni 2010 eröffnete Skandal-Stahlwerk seit sechs Jahren ohne definitive Betriebsgenehmigung. Bis 2012 hatte TKCSA eine Niederlassungsgenehmigung („Licença de instalação“). Diese lief aber im April 2012 aus, da Niederlassungsgenehmigungen in Brasilien generell maximal sechs Jahre gelten. Erteilt worden war diese Genehmigung 2006. Auf die Niederlassungsmuss die endgültige Betriebsgenehmigung folgen, die versucht der Multi aber seit etlichen Jahren zu erhalten, was von den Behörden wegen der Nichteinhaltung der Umweltvorschriften bisher verweigert worden war.

Da aber die Politik vor der Schließung des Werks zurückschreckte, einigten sich die Behörden mit Thyssenkrupp auf die Unterzeichnung eines so genannten „Termo de Ajuste de Conduta“ – kurz TAC-Vertrag genannt. Diese

TAC-Verträge erfreuen sich bei brasilianischen Behörden seit 2008 großer Beliebtheit. Wo wegen Umweltbestimmungen einem industriellen Großprojekt so schnell keine endgültige Betriebsgenehmigung erteilt werden kann, werden die Bau- und Umweltgenehmigungen für Großprojekte durch diese TAC-Verträge dahingehend flexibilisiert, dass die Firmen bei Nichteinhaltung von Auflagen und Verstreichen von Fristen mit den Landesbehörden die Umsetzung der Auflagen zeitlich strecken können. Vom Typus her seien das Fast-Food-Umweltgenehmigungen, schimpfen die Kritiker in Brasilien.

Im März 2012, beim Auslaufen der Niederlassungsgenehmigung, war den Behörden und der Firma klar, dass die definitive Betriebsgenehmigung noch in weiter Ferne war. Also einigten sich Behörden und TKCSA auf diesen „Termo de Ajuste de Conduta“, also die Unterzeichnung einer Durchführungsbestimmung über die Produktionsabläufe im Hüttenwerk, das an seiner nächsten Stelle 250 Meter vom nächsten Wohnhaus liegt. Im TAC-Vertrag zwischen dem Umweltamt und TKCSA wurden 134 behördliche Auflagen akribisch festgehalten, welche Umbauten und technologischen Änderungen die Firma binnen zwei Jahren umzusetzen habe. Sollten diese nicht umgesetzt werden, werde das Werk geschlossen, so die gesetzliche Bestimmung.

Zwei Jahre vergingen, mithin auch zwei weitere Aktionärsversammlungen in Bochum, wo der Thyssenkrupp-Vorstand auf die Fragen stets antwortete, er würde Fortschritte bei der Umsetzung der 134 Auflagen erzielt und man sei sich sicher, gegen Ende des gültigen TAC-Vertrags die endgültige Betriebsgenehmigung von den Behörden zu erhalten. Skepsis war schon damals allenthalben zu spüren.

Was könnte eine „ergänzte behördliche Vereinbarung“ sein?

Doch im März 2014 musste der TAC-Vertrag noch einmal um zwei Jahre verlängert werden. Thyssenkrupp war dies augenscheinlich mittlerweile selbst peinlich, hieß es doch im Jahresbericht 2014 schon nicht mehr wie in den Jahren zuvor „vorläufige Betriebsgenehmigung“. Nein, dort war dann schon die Rede von der „ergänzten behördlichen Vereinbarung.“ Da blieb nur zu fragen, was die Herren von Thyssenkrupp – vor dem Hintergrund der brasilianischen Gesetzgebung – denn nun für einen Unterschied verstünden zwischen „behördlicher Vereinbarung“ und „ergänzter behördlicher Vereinbarung“?

Wer ergänzt da was? Das eine wäre legal, eine behördliche Vereinbarung eben, das andere aber schrappt scharf an der Rechtsstaatlichkeit vorbei, wie der Name schon sagt, eine „ergänzte behördliche Vereinbarung“. Eben ein TAC-Vertrag. Im Jahresbericht 2014 umschrieb Thyssenkrupp dies verbrämend: „Mit den brasilianischen Umweltbehörden wurde eine ergänzte behördliche Vereinbarung zur Betriebserlaubnis unterzeichnet, die eine Laufzeit von 24 Monaten hat. In dieser Zeit werden von den Behörden empfohlene Maßnahmen und Verbesserungsvorschläge unabhängiger Prüfer umgesetzt.“ Interessant, wie Firmenterminologie die Realität anpasst. Es handelt sich nicht um „empfohlene Maßnahmen und Verbesserungsvorschläge“, sondern um klare Auflagen der Behörden, bei deren Nichtbefolgung die Schließung des Werk droht.

Bleichwer lastet das Stahlwerk – auf wem?

Vorstandsvorsitzender Heinrich Hiesinger sagte auf der Aktionärsversammlung im Januar 2014: „Das Stahlwerk TKCSA in Rio de Janeiro lastet bleischwer auf dem Konzern.“ Mit Blei kennt sich ja Thyssenkrupp bes-tens aus.

Aber auf wem das Stahlwerk in Rio „bleischwer“ lastet, das sind die AnwohnerInnen des Stahlwerks. Auf diese geht der Stahlwerkstaub täglich nieder. Und die betroffenen Menschen sagen, dieser Staub mache sie krank.

Denn was die gegen das Thyssenkrupp-Stahlwerk protestierenden AnwohnerInnen schon lange behaupten und der Konzern aus Essen immer wieder heftig bestritt, ist mittlerweile wissenschaftlich belegt: Das Stahlwerk emittiert schwermetallhaltigen Staub in die Umgebung. In dem Stahlwerkstaub findet sich nicht, wie von Thyssenkrupp wiederholt behauptet, „nur Graphit“, sondern auch: „Zink, Silizium, Natrium, Mangan, Potassium, Kalzium, Aluminium, Vanadium, Titan, Schwefel, Phosphor, Nickel, Magnesium, Kupfer, Chrom, Kadmium, Blei.“

Auf wem lastet dieses Stahlwerk also bleischwer?

Diese Daten entstammen der Analyse des Landesumweltministeriums Secretaria de Estado do Ambiente (SEA), das 2012 die Datenanalyse des Stahlwerkstaubs vorgenommen hatte. Das SEA bestätigte zudem, dass das ausgestoßene Pulver toxisch ist und dass das Pulver Asthma, Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Beschwerden, Missbildungen und vorzeitiges Ableben bewirken könnte. Der SEA-Bericht fährt fort und deutet an, dass im Umfeld der Firma „ein Anstieg zu verzeichnen ist an Beschwerden in Bezug auf Atemwegserkrankungen (Asthma, Bronchitis, Lungenerkrankungen), in Bezug auf Hauterkrankungen (Ekzeme, Dermatitis und Dermatosen), auf Augenerkrankungen (Bindehautentzündungen) sowie auf Erschöpfungszustände, Stress sowie Verschärfung „bei Fällen von Bluthochdruck oder auch Diabetes infolge des Ausgesetztseins des Staubpartikelmaterials“.

Da drängt sich doch die Frage auf: Wann endlich wird gesetzlich geregelt, dass Vorstände und Aufsichtsräte der Konzerne, die solche Werke betreiben, mit ihren Fa-

milien selbst im direkten Fall-Out-Gebiet ihres Stahlwerkstaubs leben müssen? Warum trifft so etwas immer nur die anderen, die, die sich nicht wehren können, die, die arm sind, die, die von der gesellschaftlichen Teilhabe und Macht ausgeschlossen sind, die, die weit weg von den Konzernzentralen dieser Welt leben?

Auf TAC folgt AAF

Im März 2016 lief nun auch das Modul TAC-Vertrag aus. Dessen gesetzliche Maximalgrenze liegt bei vier Jahren, also 48 Monaten. Die hat Thyssenkrupp ausgeschöpft – und noch immer keine endgültige Betriebsgenehmigung. Daher griffen die Behörden und Thyssenkrupp in Rio de Janeiro auf das Mittel der sogenannten provisorischen Betriebsumweltgenehmigung „Autorização Ambiental de Funcionamento“ (AAF) zurück. Diese sieht einen Maximalrahmen von 90 Tagen vor. Thyssenkrupp habe bisher 95 Prozent der Auf-lagen umgesetzt, hieß es im April 2016. Die verbleibenden fünf Prozent sollten in den folgenden 90 Tagen erfolgen.

Dies hat der Multi erneut nicht geschafft. Auf 90 Tage provisorische Betriebsumweltgenehmigung AAF folgen nun noch einmal 60 Tage provisorische Betriebsumweltgenehmigung AAF. Der Takt scheint kürzer zu werden – und die Luft in Rio für Thyssenkrupp dünner.

Grüne Olympische Spiele?

Rechnung ohne das Stahlwerk im Stadtgebiet

Die Luft in Rio wird dünner... dies ist übrigens nicht sprich-, sondern wortwörtlich zu verstehen. Denn: Eigentlich sollten die XXXI. Olympischen Sommerspiele, die zwischen dem 5. und 21. August 2016 in Rio de Janeiro stattfinden, für „saubere und grüne“ Olympische Spiele stehen.

Dazu hatte das brasilianische Bewerbungs- und Organisationskomitee dem IOC zugesagt, bis 2016 die Kohlenstoffdioxid-Emissionen von Rio im Vergleich zu denen von 2005 um 16 Prozent zu senken. Der Ausstoß aller Treibhausgase im Stadtgebiet sollte bis 2020 um 2,3 Millionen Tonnen reduziert werden. Dies entspräche einer Reduktion von 20 Prozent im Vergleich zu den Daten des Jahres 2005.

Nur, da gibt es ja dieses kleine Detail von Lateinamerikas größtem Stahlwerk im Stadtgebiet von Rio, das 2010 in Betrieb ging, das es seither nicht vermocht hat, die endgültige Betriebsgenehmigung von den Behörden zu erhalten, jenes Stahlwerk, das jedes Jahr über 5,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft ausstößt und Berechnungen der Umweltbehörden damit den CO₂-Ausstoß Rios – Verkehr, Haushalte und Industrie zusammengerechnet – um 72 Prozent erhöht, statt wie versprochen diesen um 16 Prozent zu senken. Wie kann das sein? Ganz einfach. Das Thyssenkrupp-Stahlwerk fließt nicht in die amtlichen Berechnungen mit ein, da es eine „differenzierte Betrachtung“ verlange, so die Umweltbehörden. Rio de Janeiro, cidade maravilhosa.



Bernd Moritz († 2015) kam über den Förderkreis „Rettet die Elbe“ zu den Kritischen Aktionären. Moritz war von 2002 bis 2015 Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

Herausforderungen an die Zivilgesellschaft – Aufgaben für Kritische Aktionäre

Im Gefolge der US-amerikanischen Immobilienkrise sind in Milwaukee ganze Stadtviertel verfallen, und alle die am Aufblähen der Blase kräftig verdient haben, haben sich jeglicher Verantwortung entzogen. Auch die Deutsche Bank, der die Bürgerrechtsorganisation Common Ground in Kooperation mit dem Dachverband zwei Hauptversammlungsbesuche abgestattet und Erfolge erzielt haben, die kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Hersteller von Streumunition haben immer Kredit, obwohl sie tatsächlich etwas herstellen, ist man versucht zu sagen. Kritische Aktionäre von Urgewald bringen Ackermann in Erklärungsnot. Konzerne streben nach der Deutungshoheit über den Begriff unternehmerische Verantwortung. Gemeinsam mit CorA (Corporate Accountability), dem Netzwerk für Unternehmensverantwortung, hält der Dachverband dagegen: Stop Greenwashing.

Diese Beispiele zeigen, wie Kritische Aktionäre in Kooperation mit starken Bewegungen etwas bewirken. Sie zeigen aber auch auf, wo sie sich in Zukunft weiterentwickeln werden.

Den Kern der Finanzkrise haben wir nicht wirklich getroffen: Die Verfügungsmacht über Geldvermögen liegt in den Händen von Akteuren, die damit nichts Vernünftiges

anfangen können. Es landete zunächst als Kredit bei Menschen, die ihn nie zurückzahlen können; das hundertprozentige Ausfallrisiko lag zum Schluss geschickt verpackt etwa bei den deutschen Landesbanken.

Ackermann konnte sich, Streumunition betreffend, leicht nachdenklich zeigen, das Geschäft ist für die Deutsche Bank verzichtbar. Unverzichtbar ist das Investmentbanking, dessen Existenzberichtigung wir nicht hinterfragt haben, dessen Auswirkungen gerade für in armen Regionen Konflikte verschärfen, in denen Streumunition eingesetzt werden kann.

Die Konzerne verstehen sich als „Unternehmensbürger“, so heißt es in verschiedenen CSR-Berichten. Gelingt es uns, über Stop Greenwashing hinaus, transparent zu machen, welcher unverhohlene letztlich unlegitimierte Machtanspruch dahinter steht?

Gelegenheiten zu zeigen, dass wir noch besser werden, kommen in immer schnellerer Folge, aktuell kommen die Vorlagen aus der Finanzbranche. Was man hier lernen kann, ist aber übertragbar auf andere Bereiche: Werden wir uns auch mit der weltweiten Schuldenkrise auseinandersetzen müssen?

Die globalen Krisen werden ohne entscheidungsfähige Staaten und Staatengemeinschaften nicht zu bewältigen sein, Entwicklung braucht ebenso Entschuldung wie die zwingenden Anforderungen der Energiewende oder die Schaffung eines handlungsfähigen Europas. In der politischen Klasse gelten Aussagen, die auch nur in die Nähe dieser Forderung kommen als unzulässig, da sie die Finanzmärkte beunruhigen könnten. Machen wir uns wirklich bewusst, wie allmählich jeglicher demokratische Anspruch damit ausgehöhlt wird?

Gelingt es uns, klar zu machen, wer hinter diesen Finanzmärkten steht, ihre Schneeballsysteme als solche zu demaskieren und aufzuzeigen, wie am dicken Ende Staaten und damit ihre Bürger zu stehen kommen?

Können wir aufzeigen, wer davon profitiert (die Aktionäre der Deutschen Bank waren es nicht, das zeigt die Kursentwicklung!), und wer fürstlich bezahlter Handlanger ist?

Das Geschäftsmodell hinter unserer Wirtschaftsweise funktioniert nicht, das wird immer offensichtlicher. Diejenigen, die diesem Modell ihre Verfügungsmacht verdanken, werden nicht mehr so weitermachen können wie bisher. Die gegenwärtig die Finanzwelt zahlenmäßig dominierenden Nullsummenspiele produzieren keinen Mehrwert. Es kommt darauf an, dass die, die bisher unter dieser Verfügungsmacht eingerichtet haben, vielleicht glaubten, es gäbe keine Alternative, deutlich machen, dass sie auch so nicht mehr weitermachen wollen und Perspektiven entwickeln, wie ein funktionierendes Gesellschaftsmodell aussehen soll. Gelingt es Kritischen Aktionären, diese Perspektive auf Forderungen nach dem notwendigen Umbau ihrer jeweiligen Zielunternehmen herunter zu brechen, können sie einen Betrag zur anstehenden Umkehr und Umgestaltung leisten.



Antje Schneeweiß ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich sozialverantwortliche Geldanlagen des SÜDWIND Instituts für Ökonomie und Ökumene.

Perspektiven für ein kritisches Aktionariat

Es gibt viele Möglichkeiten, Geld sozial und ökologisch verantwortlich anzulegen. Das kritische Aktionärstum stellt eine der Möglichkeiten dar, die in den letzten Jahren zunehmend Beachtung fand. Wie ist diese Entwicklung einzuordnen?

Es gibt zwei Urformen der ethischen Geldanlage. In England verständigten sich die Methodisten und die Quäker schon sehr früh darauf, dass sie ihre Rücklagen nicht in Unternehmen investieren, die ihren religiösen Überzeugungen widersprechen. Sie kaufen deshalb bis heute keine Aktien von Herstellern alkoholischer Getränke oder Rüstungsproduzenten. Für Quäker sind zudem Staatsanleihen tabu, weil Staaten mit diesem Geld in der Regel auch ihre Armee finanzieren.

Die zweite, auf dem europäischen Festland entwickelte Form nachhaltiger Geldanlagen verfolgt das Ziel, Geldkreisläufe jenseits der konventionellen Geldströme zu entwickeln und so einen in Teilen abgegrenzten Teil der Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Diesen Ansatz verfolgen die Anfang des letzten Jahrhunderts in Deutschland gegründeten Kirchenbanken und die Alternativbanken, wie die GLS und die Triodos Bank.

Das kritische Aktionärstum entwickelte sich aus der englischen „Sünden-Aktien“-Bewegung heraus. Die Wende von einer Anlagepolitik des reinen Gewissens zu einer politisch motivierten Anlagepolitik vollzog sich während der Bürgerrechtsbewegung in den fünfziger Jahren in den USA. In dieser Zeit bemerkten private und institutionelle Anleger auch jenseits des christlichen Spektrums, dass sie Druck auf Unternehmen ausüben können, indem sie ihnen damit drohen, ihre Aktien zu verkaufen. Unternehmen, von denen bekannt war, dass sie schwarze Mitarbeiter diskriminierten, standen damit vor der Alternative, Anleger zu verlieren und damit sinkende Aktienkurse

hinzunehmen, oder die Diskriminierung zu beenden.

Sehr erfolgreich wurde dieses Mittel in den siebziger und achtziger Jahren gegen Unternehmen angewandt, die im Südafrika der Apartheid tätig waren und von der Unterdrückung der Schwarzen profitierten. Die Vorstände einiger großer US-Unternehmen gaben im Nachhinein zu, dass es dieser Druck der Aktionäre war, der sie dazu veranlasste, das Land zu verlassen.

Auf diesem Hintergrund entstanden auch die kritischen Aktionäre, die vergleichbar mit der Bürgerrechtsbewegung und der Anti-Apartheidbewegung das kritische Aktionärstum als einen Teil einer politischen Bewegung für ein sozialverantwortliches und umweltschonendes Wirtschaften verstanden.

Seitdem hat sich im Bereich der nachhaltigen Geldanlagen viel verändert. In Europa wird in Ländern wie Großbritannien und Frankreich zwischen 10 und 20% der Gelder auf die eine oder andere Weise nachhaltig angelegt. Viele dieser oft großen institutionellen Investoren wie Hermes, der den Pensionsfonds der British Telecom vertritt, betreiben auch aktives Aktionärstum und waren ein hilfreicher Partner im Protest gegen das Vorhaben des RWE, ein Atomkraftwerk in einem Erdbebengebiet in Bulgarien zu bauen.

Auch deutsche Investoren, und hier besonders die evangelischen Kirchen, denken ernsthaft über die Möglichkeiten eines solchen Engagements nach oder praktizieren es bereits.

Das aktive Aktionärstum ist damit auf dem Vormarsch, und wir werden in den nächsten Jahren beobachten können, wie weit es dazu beitragen kann, ökologische und soziale Grundsätze in Unternehmen zu verankern.

Aktienbesitz und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung

Interview mit Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

Aktien kauft man für gewöhnlich, um sein Geld zu mehren, nicht um die Welt zum Besseren zu gestalten. Manche Menschen sind der Ansicht, Vorstände von Aktiengesellschaften hätten daher ein implizites Mandat der Aktionäre, umwelt-, menschen- und arbeitsrechtliche Auflagen so gut es geht zu umgehen, um Dividende zu liefern. Aktien besitzen, aber eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung wünschen – ist das ein Widerspruch?

Dufner: Das muss kein Widerspruch sein. Wenn ich mein Geld in Aktien eines Unternehmens anlege, das erkennbar Nachhaltigkeitsstandards umsetzt, leiste ich sowohl einen gesellschaftlich wünschenswerten Beitrag und erziele durch meine Anlage für mich eine finanzielle Rendite.

Diejenigen Aktionäre, die meinen, praktisch jedes Mittel sei recht, um den Aktienkurs in die Höhe zu treiben, den Konzerngewinn zu steigern, um dann möglichst viel Dividende einstreichen zu können, sind auf der Stufe des Raubtierkapitalismus stehen geblieben. Sie verkennen, dass es für die Tätigkeit von Unternehmen ungeachtet unterschiedlich hoher gesetzlicher Hürden in verschiedenen Staaten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und ILO-Normen gibt.

Die AktieninhaberInnen, die Ihnen ihr Stimmrecht übertragen, profitieren häufig von gravierenden Rechtsbrüchen durch höhere Dividenden. Stillen die AktionärInnen durch die Stimmrechtsübertragung bloß ihre Gewissensbisse?

Dufner: Aktionärinnen und Aktionäre, die uns ihre Stimmrechte übertragen, sind meist Kleinaktionäre und repräsentieren nicht den Mainstream der Anteilseigner. In der Regel machen „unsere“ Aktionäre sich Gedanken, wie der Unternehmensgewinn erwirtschaftet wird. Sie übertragen dem Dachverband ihr Mandat, damit dieser in den Hauptversammlungen Vorstände und Aufsichtsräte nicht entlastet, wenn diese umweltschädliche oder die Menschenrechte missachtende Projekte verfolgen. Viele dieser ethisch motivierten Aktionäre spenden einen Teil ihrer Dividende dem Dachverband oder unseren Mitgliedsorganisationen.

Wie kritisch oder unkritisch ist der/die DurchschnittsaktionärIn?

Dufner: Was meinen Sie mit Durchschnittsaktionär? Aktionäre, die für ihre Anlage in möglichst kurzer Zeit einen möglichst großen Profit erzielen möchten, ohne dabei ein nennenswertes Risiko einzugehen? Gerade durch die Finanzmarktkrise sind viele Anleger vorsichtiger und nachdenklicher geworden, wie und bei wem sie ihr Kapital anlegen. Wer in ein börsennotiertes Unternehmen investiert, sollte es zumindest in Grundzügen kennen. Trotzdem stellen wir Kritischen Aktionäre immer wieder fest, dass viele Kleinaktionäre zu wenig oder gar nichts über fragwürdige Aktivitäten ihres Unternehmens wissen. Oft werden Bank-Investitionen in und -Beteiligungen an Unternehmen, die Rüstung, Minen und Streumunition produzieren, erst bekannt, nachdem wir bei Hauptversammlungen darauf hingewiesen haben und den Ausstieg fordern.

Den Unternehmen sind Wortäußerungen des Dachverbands k.a. auf Hauptversammlungen nicht willkommen. Was für Reaktionen erhalten Sie von Seiten anderer AnteilseignerInnen?

Dufner: Für Unternehmen ist ihr Ruf natürlich das A und O, ein Imageschaden soll auf alle Fälle vermieden werden. Die Frage ist, wie Konzerne reagieren, die wir auf Missstände hinweisen. 2015 verlangten wir vom weltgrößten Chemiekonzern BASF, dass er als Abnehmer von Rohstoffen wie zum Beispiel Platin mehr Verantwortung für die Lieferkette übernehmen müsse. Wie sind die Arbeitsbedingungen in den Minen des südafrikanisch-britischen Konzerns Lonmin, von dem BASF das Platin bezieht? Reichen die gezahlten Löhne, um das Existenzminimum der Bergleute abzudecken? Warum leben deren Familien in slumähnlichen Siedlungen? Und welche Mitverantwortung hat Lonmin für das Marikana-Massaker, die gewaltsame Niederschlagung des Streiks im Sommer 2012, bei dem 34 Bergleute erschossen wurden? Als der südafrikanische Bischof Jo Seoka, den wir zur BASF-Aktionärsver-

sammlung begleiteten, dem Vorstand all diese Fragen stellte, reagierte dieser mit Unverständnis, stritt eine Verantwortung für die skandalösen Verhältnisse bei seinem Lieferanten Lonmin ab und lehnte die Zahlung einer Entschädigung an die Hinterbliebenen der getöteten Bergarbeiter ab. Ganz anders reagierten viele Aktionäre im Saal: Sie spendeten dem Bischof und uns kräftigen Beifall und befürworteten unsere Forderung, dass BASF Verantwortung übernehmen müsse. 2016 überreichten wir dem Chemiekonzern die Petition „BASF: Lieferkettenverantwortung JETZT!“ mit mehr als 12.000 Unterschriften.

In den 30 Jahren, die der Dachverband jetzt besteht, mussten wir und unsere 26 Mitgliedsorganisationen oftmals gegen starke Widerstände der Konzerne und ihrer Anteilseigner ankämpfen, bevor es zu Verbesserungen kam. Wir wägen genau ab, ob öffentlicher Protest und Konfrontation oder ein Stakeholder-Dialog mit dem Unternehmen das Mittel ist, das zum Ziel führt.

Porträt des Dachverbands Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre in der Oktober-Ausgabe 2016 des transform Magazins (www.transform-magazin.de) zum Thema „WIDERSPRÜCHE AUSHALTEN“.



Impressum

Herausgeber – Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Ausgabe – September 2016

Postfach 30 03 07 | 50773 Köln
 Pellenzstraße 39 (Hinterhaus) | 50823 Köln

Fon +49 (0)221 599 56 47
 Fax +49 (0)221 599 10 24
 Mobil +49 (0)173 713 52 37

dachverband@kritischeaktionaeere.de
 www.kritischeaktionaeere.de

Spendenkonto
 IBAN: DE 89 3705 0198 0008 9622 92
 BIC: COLSDE33

- Aktion Alternativer BASF-Aktionäre
- Aktionsgruppe Babynahrung e.V.
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)
- Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
- Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG)
- Die Verbraucher Initiative e.V.
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)
- Förderkreis ‚Rettet die Elbe‘ e.V.
- GegenStrömung
- Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN)
- Höchster Schnüffler un’ Maagucker e.V.
- Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI)
- Initiative ‚Ordensleute für den Frieden‘
- Kooperation Brasilien e.V. (KoBra)
- Koordination Südliches Afrika e.V. (KOSA)
- Kritische AktionärInnen Daimler (KAD)
- Kritische Aktionärinnen und Aktionäre der EnBW
- Ohne Rüstung Leben e.V. (ORL)
- Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. (Öku-Büro)
- Pazifik-Netzwerk e.V.
- Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
- Pro REGENWALD e.V.
- Rettet den Regenwald e.V.
- RüstungsInformationsBüro Baden-Württemberg e.V. (RIB)
- urgewald e.V.
- Werkstatt Ökonomie e.V.
- Whistleblower-Netzwerk e.V.



**Dachverband der Kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre e. V.**

Postfach 30 03 07 | 50773 Köln
Pellenzstraße 39 | 50823 Köln

Fon +49 (0)221 599 56 47
Fax +49 (0)221 599 10 24

dachverband@kritischeaktionae.de
www.kritischeaktionae.de